

22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

Grüne

Beschluss

Europawahlprogramm 2004

[Fassung vom 30.11.2003, vorbehaltlich redaktioneller Änderungen]

Inhalt

Europa grün gestalten	3
Europa in guter Verfassung	6
1. Nachhaltigkeit europäisch verankern, Verbraucherrechte stärken	7
Ökologie kennt keine Grenzen	7
Umwelt immer mitdenken	8
Ökologische Gerechtigkeit	8
Klima schützen	9
Neue Energien in Europa fördern	10
Vorfahrt für grüne Verkehrspolitik	11
Biologische Vielfalt bewahren	13
Agrarwende europaweit durchsetzen	14
Verbraucherrechte stärken	15
Tierschutz staatenübergreifend regeln	16
2. Soziale Handlungsspielräume ausbauen, Wirtschaft ökologisch erneuern	17
Den gemeinsamen Markt an Nachhaltigkeit orientieren	18
Daseinsvorsorge – Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	18



Ökologisch und sozial gerecht steuern	18
Neue Aufgaben – veränderte Ausgaben	20
Politik gegen verkrustete Strukturen	20
Soziale Sicherheit gewährleisten und erneuern	21
Sozialsysteme europatauglich machen	22
3. Europäische Wissensgesellschaft aufbauen – in Bildung, Forschung und Kultur investieren	24
Lebenslanges Lernen – durchlässig und gerecht	24
Mehr Bildungsmobilität in Europa	25
Forschungspolitik nachhaltig und gerecht gestalten	26
Kultureller Pluralismus als Basis für eine europäische Identität	27
Kulturelle Vielfalt sichern und fördern	27
4. Demokratie lebendig gestalten, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken	29
Für Bürgernähe und demokratische Beteiligung	29
Grund- und Bürgerrechten Geltung verschaffen	30
Eine weltoffene Einwanderungspolitik und faire Asylverfahren	30
Innen- und Rechtspolitik europäisch prägen und fortentwickeln	31
Diskriminierungen beseitigen	32
Ein geschlechtergerechtes Europa	33
Europa gegen Rechtsextremismus, Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus	34
Ein Europa für alle Generationen	34
Das urbane Europa	35
5. Globalisierung gerecht gestalten, Frieden europäisch denken	36
Zivile Außenpolitik mit einer Stimme	37
Multilaterale Einbindung	37
In Europa und weltweit abrüsten	38
Einen erweiterten Sicherheitsbegriff für Europa	39
Mit internationaler Strukturpolitik zu mehr Gerechtigkeit	40
Entschuldung fortsetzen und Währungsfonds reformieren	41
Entwicklung fördern	42
Erweiterung und gute Nachbarschaft	42
Eine neue transatlantische Agenda	44

Europa grün gestalten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Europapartei in Deutschland. Wir stehen für ein ökologisches, gerechtes, weltoffenes, demokratisches und friedliches Europa. Die Probleme der Gegenwart und der Zukunft machen an nationalen Grenzen nicht halt. Wir müssen ihnen daher grenzüberschreitend begegnen. Der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration Europas kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in unserem Land viel in Bewegung gebracht. Mit unseren Ideen haben wir viel verändert – in den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene. Wir wollen auch Europa grün gestalten. Und Europa weiter machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil einer selbstbewussten europäischen grünen Partei. Uns europäische Grüne eint ein Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie. Mit unseren gemeinsamen Grundwerten sind wir in den emanzipativen geistesgeschichtlichen Traditionen Europas verankert. Wir wissen um die christlichen, jüdischen, islamischen und aufklärerischen Wurzeln dieser Geistesgeschichte. Wir wollen diese aber auch auf der Basis von Toleranz und gegenseitiger Achtung im Dialog weiterentwickeln. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch und die Unantastbarkeit seiner Würde. Wir verbinden ökologische Modernisierung mit Selbstbestimmung, erweiterter Gerechtigkeit und lebendiger Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte. In ihrer Wechselbeziehung öffnen diese Grundsätze den Horizont einer grünen europäischen Vision.

Wir wollen ein ökologisches Europa. Die gemeinschaftliche Umweltpolitik hat bereits beachtliche Erfolge erzielt, aber der Wettlauf gegen den Raubbau an der Natur ist noch nicht gewonnen. Die Umweltbelastungen auf unserem Kontinent nehmen nach wie vor zu, die Artenvielfalt geht zurück. Die Ökosysteme wie Wälder, Meere oder Küstenlandschaften brauchen dringend unseren umfassenden Schutz. Der Kampf gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen muss deshalb konsequent fortgesetzt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die europäische Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln. Wir brauchen eine europaweit abgestimmte ökologische Agrar- und Verkehrspolitik ebenso wie Strategien zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und eine nachhaltige Fluss- und Forstpolitik. Wir entwickeln eine Kultur des ökologischen Wirtschaftens. Die Energiewende kann dem Klimawandel entgegenwirken. Deshalb steht die europaweite Förderung der Erneuerbaren Energien ganz oben auf unserer Agenda. Das Klimaprotokoll von Kyoto ist ein grüner Erfolg, aber auch ein Erfolg des geeinten Europas. Die Europäische Union muss eine treibende ökologische Kraft in der internationalen Politik sein.

Wir wollen ein Europa der Selbstbestimmung. Wir wollen ein Europa, das die Menschen, die hier leben, frei von Bevormundung und von staatlicher Willkür gestalten können. Ein Europa der Selbstbestimmung vereint die Vielfalt seiner selbstbewußten Regionen und die Eigenständigkeit seiner Nationen auf der Grundlage der Unteilbarkeit der Bürger- und Menschenrechte. Die Schlagbäume sind nicht gefallen, um durch bürokratische Barrieren ersetzt zu werden. Der Binnenmarkt und die europäische Freizügigkeit dienen auch dazu, für die Menschen mehr Freiheit und Unabhängigkeit zu schaffen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Freiraum für Beruf und Engagement zu bieten. Wer in Warschau ausgebildet wird, muss in Paris arbeiten dürfen, und wer gestern auf Sizilien lebte und heute im Allgäu, soll auch dann seine Rentenansprüche geltend machen können. Solche Selbstbestimmung braucht Rahmenbedingungen und schließt ökologische und soziale Verantwortung ein. Selbstbestimmung wahren heißt auch, sich ungebändigter wirtschaftlicher Macht entgegen zu stellen. Dazu müssen sich die Menschen in frei gewählten Zusammenschlüssen

engagieren können. Ein für Europa wichtiges Beispiel ist der Verbraucherschutz. Erst Transparenz und vorbeugende Verbraucherpolitik machen Konsumentinnen und Konsumenten zu mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Wir wollen ein gerechtes Europa. Immer noch ist das Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union groß. Die Herausforderung, Wohlstandsunterschiede zu überwinden, wird durch die Erweiterung größer. Frauen sind nach wie vor gegenüber Männern benachteiligt. Nach wie vor werden Entscheidungen häufig auf Kosten zukünftiger Generationen getroffen. Die Arbeitslosigkeit ist in fast allen Ländern Europas unakzeptabel hoch. Obwohl diese Aufgaben vor allem in der nationalen Verantwortung liegen, beeinflusst die Europäische Union inzwischen wichtige Rahmenbedingungen. Auch auf europäischer Ebene setzen wir auf einen aktiven Einsatz für die Rechte der Schwächsten. Wir wollen die Verteilungsgerechtigkeit wahren und gerechten Zugang zu den gesellschaftlichen Gütern gewährleisten. Wir wollen die Teilhabe an Arbeit, Bildung und Demokratie sichern, ebenso wie die Lebenschancen der kommenden Generationen und die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Wir wollen außerdem ein Europa, das seine Verantwortung für mehr globale Gerechtigkeit und Solidarität stärker als bisher wahrnimmt - ob beim G8-Gipfel der großen Industrienationen, beim Internationalen Währungsfonds oder in der Welthandelsorganisation, auch um negativen Auswirkungen der Globalisierung entgegen zu wirken. Die verschiedenen Dimensionen der Gerechtigkeit dürfen trotz praktischer Konflikte nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir wollen eine lebendige europäische Demokratie. Europa lebt vom Engagement seiner Menschen. Wir wollen ein Europa, das nicht nur eine Union der Staaten sondern vor allem auch eine Union der Bürgerinnen und Bürger ist. Wir wollen eine Stärkung des Europäischen Parlaments und mehr direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – bis hin zu europaweiten Bürgerentscheiden. Vor allem aber wollen wir ein Europa, das in seinen Entscheidungen und Zuständigkeiten für die Menschen nachvollziehbar ist und sich zu einem gemeinsamen Lebens- und Erfahrungsraum entwickelt. Mehr Transparenz und wechselseitiges voneinander Lernen – das ist eine Herausforderung europäischer Politik.

Das geeinte Europa ist kein Einheitsstaat, sondern eine föderale Integrationsgemeinschaft. Die Verfasstheit der Regionen wird geachtet. Wir wollen ein Europa, in dem gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Entscheidungen dort getroffen werden, wo dies von der Sache her geboten und die größte demokratische Einflussnahme möglich ist. Europa darf nicht zentralisieren, was vernünftigerweise auf der unteren Ebene der Kommunen, der Regionen und der Mitgliedstaaten geregelt werden kann.

Wir wollen eine europäische Demokratie mit starker politischer und kultureller Öffentlichkeit. Ein Gemeinwesen, das seine Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Gewalt schützt, in dem Extremismus jeder Art keinen Platz hat. Betrug, Korruption und Klientelwirtschaft sagen wir den Kampf an. Wir wollen ein Europa, das weltoffen ist und Flüchtlingen Zuflucht bietet. Durch die kulturelle und weltanschauliche Pluralität sowie die Vielfalt regionaler Traditionen und Identitäten in Europa kann die EU einen besonderen Beitrag zum Dialog der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen leisten. Wir wollen zur kritischen Gestaltung bzw. sozialen Unterfütterung der globalisierten Weltwirtschaft beitragen.

Wir wollen eine europäische Wissensgesellschaft. Bildung, Wissen und Kultur sind der Schlüssel für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas. Wir wollen in eine Europäische Wissensgesellschaft investieren. Ihre Grundpfeiler sind eine grenzüberschreitende Bildungs

landschaft, der Nachhaltigkeit verpflichteter wissenschaftlicher Fortschritt und Innovation als Motor sozialer und ökonomischer Entwicklung. Grüne Politik streitet für den Zugang zu Bildung und Kultur für alle Menschen.

Kulturelle Verständigung ist ein Schlüssel für das zusammenwachsende Europa. Gerade für die heranwachsenden Generationen sind Begegnungen mit Kunst und Kultur, das Erlernen von Toleranz und Akzeptanz, die Förderung von Neugier und Selbstvertrauen in die eigene Kreativität von herausragender Bedeutung. Europa lebt von der Vielfalt. Grüne Kulturpolitik will daher das gemeinsame europäische Erbe in seiner Vielfalt bewahren und die lebendigen Kulturen Europas fördern. Dadurch kann Europa einen besonderen Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung leisten und dazu beitragen, dass es zu einem Dialog und nicht zum Zusammenstoß der Zivilisationen kommt. Kultureller Austausch ist unverzichtbar für eine tolerantes, friedliches Zusammenleben, nicht nur in Europa. Nur die Kulturen, die sich austauschen bleiben entwicklungsfähig. Deshalb ist Europäische Kulturpolitik für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch Friedenspolitik.

Wir wollen ein friedliches Europa der Menschenrechte, das für einen ökologisch und sozial gerechten Interessenausgleich zwischen den Weltregionen eintritt. Unser gemeinsames europäisches Engagement folgt den Grundsätzen der Demokratie und Nachhaltigkeit, des Völkerrechts und der Verwirklichung der Menschenrechte. Europa hat das Potenzial, eine selbstbestimmte und selbstbewußte Rolle auf der internationalen Ebene einzunehmen. Wir brauchen aber eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die diesen Namen verdient. Eine gemeinschaftliche Außenpolitik der Europäischen Union soll ihre Kraft nicht nur aus effektiven Strukturen, sondern auch aus innerer Kohäsion und rechtlichen Übereinkünften ziehen und den europäischen Werten verpflichtet sein. Wir wollen ein Europa, das in der Reflexion seiner eigenen Geschichte auf Kooperation setzt, und das dem Primat ziviler Konfliktprävention, dem Prinzip der Gewaltfreiheit und den Menschenrechten verpflichtet ist.

Die Entwicklung Europas zu einer hochgerüsteten militärischen Supermacht lehnen wir ab. Die Europäische Union muss mehr Verantwortung für die Schaffung einer globalen Friedensordnung übernehmen. Wir wollen ein Europa, das für Multilateralismus, für Abrüstung, Entwicklung, die internationale Herrschaft des Rechts und die Stärkung der Vereinten Nationen eintritt.

Wir begrüßen die proeuropäischen Reformschritte der Türkei. Sie stärken die europäische Perspektive der Partei.

Die Europäische Union hat eine besondere Verpflichtung, sich für einen ökologisch und sozial ausgerichteten Interessenausgleich zwischen den Weltregionen einzusetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine aktive Politik der Union zur Herstellung eines gerechten Nord-Süd-Ausgleichs und für den Abbau von Armut und Umweltzerstörung weltweit ein

Europa ist unsere Zukunft. Der europäische Einigungsprozess hat in den letzten zehn Jahren eine beispiellose Dynamik erreicht. Zum einen wird die Europäische Union um 70 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus zehn neuen Mitgliedstaaten reicher. Zum anderen steht sie vor ihrem größten Reformprojekt – der Europäischen Verfassung. Damit wird europäische Politik nicht nur transparenter, demokratischer und bürgernäher. Gestärkt wird auch das Europäische Parlament.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament entscheiden Sie daher über die Grundausrichtung der europäischen Politik. Wir wollen kein Europa der bürokratischen Bevormundung. Wir wollen kein Europa der Atomlobby, der Genmanipulationen und der Agrarfabriken und kein Europa der außenpolitischen Abenteuer. Entschieden treten wir jenen Kräften entgegen, die in Europa kulturelle

Gräben ausheben, die mit fremdenfeindlichen Vorurteilen zündeln und für die gesellschaftliche Ausgrenzung von Minderheiten trommeln.

Um grüne Politik in Europa umsetzen zu können, brauchen wir mehr als je zuvor eine starke grüne Stimme im Europäischen Parlament – für ein Europa der Ökologie, der Gerechtigkeit, der Selbstbestimmung, der Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens. Sie haben die Wahl.

Europa in guter Verfassung

Das Europäische Parlament, das die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Union 2004 wählen, wird erstmals auf Grundlage der europäischen Verfassung tätig werden. Sie ist das größte Reformprojekt der Union. Den Verfassungsprozess hat nicht zuletzt Joschka Fischer mit seiner Humboldt-Rede im Mai 2000 maßgeblich mit eingeleitet. Die Verfassung ist von einem Konvent, einem mehrheitlich parlamentarischen Gremium, erarbeitet worden. Europäische Grüne waren ein Reformmotor in dieser Arbeit. So transparent, demokratisch und bürgernah wurde die EU noch nie reformiert, auch deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Bürgerinnen und Bürger in einem europäischen Referendum über die Europäische Verfassung abstimmen können.

Der vom Konvent vorgelegte Entwurf bedeutet einen erheblichen Fortschritt für die europäische Integration. Viele grüne Forderungen nach mehr Demokratie, Bürgernähe und Transparenz sind damit erfüllt: Die Grundrechtecharta ist endlich Teil der Verfassung, Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments werden ausgedehnt, die europäischen Kompetenzen klarer geordnet und die Verständlichkeit der europäischen Gesetzgebung verbessert. Zudem wird in Zukunft die/der Präsident/in der Europäischen Kommission vom Europäischen Parlament gewählt. Die Handlungsfähigkeit in außenpolitischen Fragen wird dadurch erhöht, dass es in Zukunft eine/n Europäische Außenminister/in geben wird, die/der gleichzeitig Vizepräsident/in der Europäischen Kommission ist. Die grünen Akteure im Konvent und im europäischen Verfassungsprozess haben sich im Konvent erfolgreich dafür eingesetzt, dass die gemeinsamen Werte der EU nicht nur auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit beruhen, sondern dass auch Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und die Gleichstellung von Frauen und Männern ganz vorn im Zielkatalog aufgenommen werden.

Wo die Verfassungsreform zu kurz sprang, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit unseren europäischen Partnerorganisationen weiter auf Veränderungen drängen. Unser Ziel ist eine lebendige Demokratie in einem föderalen Europa, mit einem Europäischen Parlament als erste Kammer der Legislative und der Europäischen Kommission als echte Exekutive. Das Europäische Parlament und der Rat sollen in allen Bereichen gleichberechtigt sein. Unser Ziel ist es, die Europäische Kommission zu einer wirklichen Exekutive auszubauen. Bei den verfassungsrechtlichen Grundlagen der Fachpolitiken steht eine grundlegende Reform noch aus. In einigen Bereichen gibt es nach wie vor nationale Vetomöglichkeiten. Dies schwächt die Handlungsfähigkeit der EU, deshalb wollen wir dieses Veto abschaffen. Das gilt insbesondere für die europäische Außenpolitik. Auch die Auflösung des unzeitgemäßen und undemokratischen EURATOM-Vertrags bleibt ganz oben auf unserer grünen Agenda. Der Europäische Rat sollte schon jetzt einen Zeitplan vorlegen, wie nach Inkrafttreten der Verfassung ein neuer Konvent einberufen wird, der sich den im ersten Konvent nicht ausreichend behandelten Themen widmen soll. Im Mittelpunkt des nächsten Kon

vents müssen daher eine Reform des fachpolitischen Teils der Verfassung und der Regelungen für Änderung der Verfassung stehen.

Mit ihrer ersten Verfassung stellt sich die EU auf ein neues, tragfähigeres Fundament. Nun kommt es darauf an, das europäische Haus auf diesem Fundament weiterzubauen und die Voraussetzungen für eine bessere Politik im erweiterten Europa zu nutzen. Wir europäischen Grünen wollen diesen neuen Rahmen mit Leben füllen und der europäischen Demokratie einen Schub geben: Die einzelnen europäischen grünen Parteien haben sich zu einer Europäischen Grünen Partei zusammengeschlossen und werden mit einem gemeinsamen europäischen Spitzenteam in einen gemeinsamen Wahlkampf ziehen.

1. Nachhaltigkeit europäisch verankern, Verbraucherrechte stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Europa der Ökologie und der Verbraucherrechte. Unsere Fortschritte im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz werden wesentlich darüber entscheiden, ob wir in Europa in Zukunft Lebensqualität und Wohlstand haben werden. Rücksichtsloser Raubbau an der Natur droht zur Verwirklichung "schwarzer Utopien" zu führen, in denen Orkane, Dürren, Waldbrände und alljährliche Jahrhundertfluten immer wieder die Infrastruktur zerstören und die Bürgerinnen und Bürger um ihren Besitz bringen. Wir brauchen in Europa deshalb eine engagierte Klimaschutzpolitik, eine zügige und umfassende Energiewende und eine ökologische Modernisierung aller Wirtschaftsbereiche. Bis zum Jahr 2010 müssen wir den Verlust der Artenvielfalt stoppen – in Europa und weltweit. Die großen Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben das Bewusstsein der Menschen dafür geschärft, dass der übermäßige Verbrauch von Ressourcen und eine Landwirtschaftspolitik alten Stils vielleicht billige Produkte, aber keine Lebensmittelsicherheit bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Europas Landwirtschaft deshalb nachhaltig verändern und eine umwelt- und naturgerechte Anbauweise sowie eine artgerechte Tierhaltung etablieren. Wir wollen ländliche Räume in Europa stärken und die Natur schützen.

Ökologie kennt keine Grenzen

Ökologische Gefährdungen machen an den Grenzen nicht halt. Natur ist global, deshalb braucht sie globalen Schutz. Wir wollen, dass das geeinte Europa seine gewachsene Verhandlungsmacht nutzt, um global als Anwalt der Umwelt zu agieren. Auch um dabei glaubwürdig zu sein, müssen wir innerhalb Europas anspruchsvolle Standards, Ziele und Handlungsstrategien durchsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Weltkonferenz zum Ausbau Erneuerbarer Energien (RENEWABLES) in Bonn im Juni 2004 ein Erfolg wird und weltweit Impulse gibt, die Energiewende voranzutreiben.

Auch die Opfer von Umweltschäden machen nicht an Grenzen halt. So flüchten viele Menschen aufgrund von Wassermangel und der Folgen der Bodenerosion nach Europa. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ziehen daraus die Konsequenz, sich für eine integrierte Umwelt-, Energie- und Entwicklungspolitik für den gesamten südlichen Mittelmeerraum einzusetzen.

Die EU hat begonnen, europaweit innovative umweltpolitische Maßstäbe zu setzen - etwa bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, der Kennzeichnung von Haushaltsgeräten entsprechend ihrem Energieverbrauch, beim Verbot gefährlicher Chemikalien wie TBT, bei der Umweltinformationsrichtlinie und beim Handel mit Treibhausgasemissionen. Seit der Regierungsbeteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Deutschland zu einem Impulsgeber in der europäischen Umweltpolitik geworden. Die Grünen in Europa sind die Triebkraft für eine effektive und innovative Umweltpolitik. Wir werden im Europäischen Parlament weiter darauf drängen, dass die europäische Umweltgesetzgebung in den Mitgliedstaaten besser und schneller umgesetzt wird.

Umwelt immer mitdenken

Fast alle Tätigkeitsfelder der Europäischen Union haben erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Umweltpolitik zur Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche machen. Dafür wollen wir die Umweltintegrationsklausel der EU-Verfassung nutzen. Vor allem bei den anstehenden Reformen der Agrar- und Strukturpolitik muss der Gedanke der Nachhaltigkeit an vorderster Stelle stehen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen Umweltpolitik gleichberechtigt mit Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik behandeln. Fortschrittlicher Umweltschutz ist gleichzeitig beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik. So arbeiten allein in Deutschland bereits 130.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien. Auch aus diesem Grund streiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Wir werben für das Konzept des Ökosozialprodukts als Bewertungskategorie von Volkswirtschaften. Damit wird einerseits die wirtschaftliche Entwicklung erfasst und andererseits der Umweltverbrauch in Rechnung gestellt.

Ökologische Gerechtigkeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr ökologische Gerechtigkeit. Dafür ist das Verursacherprinzip eine wesentliche Grundlage. Wir kämpfen dafür, dieses Prinzip auch bei Umweltschäden strikt anzuwenden, insbesondere bei gefährlichen Chemikalien. Bei der anstehenden Reform der europäischen Chemikalienpolitik wollen wir durch die Verankerung des Prinzips der Produktverantwortung einen Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen und verbraucherfreundlichen Chemiepolitik europaweit einleiten. Dabei muss eine nachhaltige Chemikalienpolitik ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sein. Denn nur eine ökologisch nachhaltige Chemieindustrie hat in Europa auch ökonomisch eine Zukunft.

Der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen und Pflanzen stellt einen nicht rückholbaren Eingriff in das Ökosystem dar und ist mit erheblichen Risiken für die Umwelt behaftet. Verantwortlich für die Nichtübertragung genmanipulierten Erbgutes sind nicht die Ökolandwirtinnen und -landwirte. Gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion müssen auch künftig gesichert sein. Bei Fragen der Haftung sind die Verursacher der Schäden zur Verantwortung zu ziehen.

Es ist ungerecht, unseren Kindern und Enkeln Müllberge zu hinterlassen. Stoffe sollen in Verwertungskreisläufe überführt und so eine reine Beseitigung von unbehandelten Abfällen z.B. durch Deponierung oder Verbrennung in Zukunft überflüssig gemacht werden. Dazu wollen BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN die Rücknahmepflicht als zentralen Bestandteil der Produktverantwortung europaweit verankern.

Die öffentliche Hand soll bei der Auftragsvergabe Umweltaspekte stärker berücksichtigen. Deshalb wollen wir die Beschaffungsrichtlinie entsprechend ändern. Nach dem Prinzip der Verbandsklage im neuen Bundesnaturschutzgesetz wollen wir die Beteiligungs- und Klagerechte der Bürgerinnen und Bürger und der Umweltverbände ausbauen. Das Vetorecht bei den Umweltsteuern wollen wir abschaffen.

Klima schützen

Angesichts der erheblichen Gefahren des Klimawandels muss die Klimaschutzpolitik in den nächsten Jahren zu einem europäischen Schwerpunkt werden. Die globale Durchschnittstemperatur wird bis zum Jahr 2100 zwischen 1,4 und 5,8 Grad steigen – so prognostiziert es der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimafragen (IPCC). Am wichtigsten sind dabei die breite Förderung der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb eine europaweite Mindestvergütung für Strom aus Erneuerbaren Energien und eine europäische Stromkennzeichnungspflicht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass durch nationale Regulierungsbehörden für den Strommarkt ein fairer Wettbewerb gewährleistet wird, der eine Modernisierung der Energieerzeugung im Sinne der Nachhaltigkeit zum Ziel hat. Eine europäische Energiebesteuerung ohne Schlupflöcher gibt starke Marktimpulse für wirksameren und verringerten Energieeinsatz. Die Einigung über europaweit einheitliche Mindestsätze für Energiesteuern war ein erster entscheidender Schritt. Über die künftige Energiebesteuerung muss mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Wir wollen, dass die Verdoppelung der Kraft-Wärme-Kopplung auf 18 Prozent bis zum Jahr 2010 als verbindliches Ziel festgeschrieben wird. Für die demnächst am europäischen Emissionshandel beteiligte Industrie muss es ein klares Reduktionsziel geben, sowie zuverlässige Regelungen dafür, dass sich die Industrie nicht zu Lasten anderer Sektoren von ihren Minderungsverpflichtungen befreit.

Europa muss ebenfalls seine Anstrengungen für globalen Klimaschutz verstärken. Jürgen Trittin hat im Jahr 2001 bei den Klimaverhandlungen in Bonn seine europäischen Umweltministerkollegen für ein gemeinsames Vorgehen gewonnen und damit das Scheitern des Kyoto-Protokolls verhindert. Die Bonner Klimakonferenz war ein besonders erfolgreiches Beispiel für die Zusammenarbeit europäischer Grüner. Jetzt kommt es darauf an, dass das Abkommen über den globalen Klimaschutz in den nächsten Jahren umgesetzt wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ambitionierte Verpflichtungen der Industrieländer in der zweiten Stufe des Kyoto-Prozesses ein. Für die angesprochenen Klimaschutzziele über das Jahr 2010 hinaus setzen wir uns für eine CO₂-Verringerung von mindestens 40 Prozent in Deutschland ein und schlagen als verbindliches europaweites Ziel eine Reduzierung um 30 Prozent vor.

Außerdem fordern wir von der EU Anstrengungen, die USA in den multilateralen Klimaprozess wieder einzubinden. Auch Entwicklungsländer, die bereits heute erhöhte Emissionen haben, sollen in der zweiten Stufe Reduktionsverpflichtungen eingehen. Damit diese Länder auf dezentrale Erneuerbare Energien setzen können, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament – parallel zum Klimaprozess – eine europäische Unterstützung für die deutsche Initiative zur globalen Energiewende (RENEWABLES 2004) mobilisieren. Ebenfalls als ein Beitrag zum Klimaschutz, der aber auch dem Schutz und Erneuerung der regionalen Wasserreserven und dem Erosionsschutz

dient, fordern wir die Neuauflage bzw. Intensivierung von Walderhaltungs- und Wiederaufforstungsprogrammen vor allem in den Ländern rund um das Mittelmeer.

Neue Energien in Europa fördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Europa ohne Atomkraft, ein Europa, das seine klimapolitische Verantwortung wahrnimmt, ein Europa, in dem Sonne und Wind, Biomasse, Erdwärme und Wasserkraft die Energieproduktion bestimmen, und ein Europa, das weltweit führend ist bei der Entwicklung von Technologien zur Energieeinsparung und zur effizienten Energienutzung. Jetzt geht es darum, Weichenstellungen vorzunehmen, um den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien nach 2010 fortzuschreiben, die vollständige und zügige Unabhängigkeit Europas von atomarer Energie und die Unabhängigkeit von fossiler Energie im Laufe des Jahrhunderts zu erreichen.

Die Entwicklung und Förderung der Atomenergie war ein Geburtsfehler im europäischen Einigungsprozess. Mit ihr wurden die Energieprobleme nicht gelöst, sondern statt dessen enorme neue Risiken geschaffen. Nur wenige Mitgliedsländer halten noch an der Atomenergie fest; alle anderen haben wie Deutschland den Ausstieg beschlossen oder sind nie in diese gefährliche Technologie eingestiegen. Eines der zentralen Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bleibt es, den Atomausstieg sowohl in den Ländern der EU als auch in den Beitrittsländern zu erreichen. So muss mit der Aufhebung des EURATOM-Vertrags der Privilegierung der Atomkraft ein Ende gesetzt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen die Einberufung einer europäischen Vertragsstaatenkonferenz mit dem Ziel vor, EURATOM im Jahr 2007 – nach 50 Jahren endlich! – zu beenden.

Dass es keine gesicherte Entsorgung für den strahlenden Atommüll gibt, bleibt ein zentrales Argument gegen diese Energieform. Wir müssen aber auch die Risiken, die wir geerbt haben, so weit wie möglich verringern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Verpflichtung zur nationalen Endlagerung und ein europaweites Verbot des Exports von Atommüll. Auch aus diesem Grund setzen wir uns für eine umgehende Schließung der besonders umweltgefährdenden Wiederaufarbeitungsfabriken in La Hague und Sellafield ein.

Es ist wichtig, eine Finanzierung der nuklearen Entsorgung und des Abbaus der Anlagen durch die Verursacherinnen und Verursacher lückenlos und sicher zu gewährleisten. Die unter anderem in Deutschland gültige Regelung privater Rückstellungen mit Gewinnvorteilen wird diesem Anspruch nicht gerecht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein, dass die zurück zu stellenden Gelder in öffentlich-rechtliche Entsorgungsfonds fließen. Außerdem wollen wir, dass in europaweit vereinbarten Regelungen zu Energiesteuern auch Kernbrennstoffe zu besteuern sind.

Wohlstand, Gesundheit und Mobilität sind überall von einer sicheren Energieversorgung abhängig. Diese kann aber nur mit zukunftsfähigen Technologien erreicht werden, die den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen. Die sinnvolle Nutzung der bei der Stromerzeugung anfallenden Wärme spielt dabei eine zentrale Rolle. Das geht nur auf Grundlage dezentraler Strukturen, die darüber hinaus eine Versorgungssicherheit bieten, die mit Großkraftwerken kaum zu erreichen ist. Die Wasserstofftechnologien bieten neben dem Vorteil der dezentralen Energieversorgung auch Vorteile bei der Energieerzeugung aus regenerativen Energieträgern. Förderung und Privilegierung soll es in der EU zukünftig nur noch für Energieeinsparung, für effiziente Energienutzung und für den Ausbau der Erneuerbaren Energien geben. Diese Initiativen für eine nachhaltige Energiepolitik müssen in der EU strategisch und institutionell stärker verankert werden. Energiewirtschaft ist weit

über die Grenzen der EU hinaus von Bedeutung. Denn wir brauchen diese ressourcenschonenden und effizienzsteigernden Techniken nicht nur für den Übergang von den begrenzten fossilen Energieträgern hin zu den Erneuerbaren Energien. Wir brauchen diese Technik als Grundlage für das Solarzeitalter.

Die EU hat die Chance und die Verantwortung, bei der globalen Energiewende eine treibende Kraft zu sein. Deshalb werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf internationaler Ebene für faire Wettbewerbsbedingungen im Energiesektor einsetzen, die die Umweltkosten einbeziehen. Wir wollen eine internationale Agentur für Erneuerbare Energien einrichten. Gerade in Entwicklungsländern besteht die große Chance, den wachsenden Energiebedarf durch den Aufbau und die Förderung einer dezentralen und auf Erneuerbaren Energien basierenden Versorgung zu befriedigen. Ein funktionsfähiger Energiemarkt benötigt Strukturen, die eine Erhaltung und stetige Intensivierung des Wettbewerbs absichern. Wir werden dafür sorgen, dass die Funktionen Erzeugung, Übertragung, Verteilung und Vertrieb deutlich getrennt werden. Wir setzen auf faire Netzanschlussbedingungen für alle und auf eine strikte Fusionskontrolle.

Vorfahrt für grüne Verkehrspolitik

Die erweiterte Europäische Union ist der weltweit größte Binnenmarkt. Die damit verbundenen Verkehre von Gütern und Menschen belasten schon jetzt besonders die Transitländer bis zum Äußersten. Damit sich die Prognose einer Steigerung des Verkehrs von mehr als 50% nach der Osterweiterung nicht erfüllt, muss die europäische Verkehrs-, Siedlungs-, Raumordnungs- und Wirtschaftspolitik auf Verkehrsvermeidung gerichtet sein. Kurze Wege für Erzeuger und Verbraucher müssen attraktiv werden. Die damit verbundenen Transportleistungen und das Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung sind eine gewaltige Herausforderung für die Entwicklung eines leistungsfähigen und umweltfreundlichen Verkehrssystems.

Im Kyoto-Protokoll hat sich die EU verpflichtet, bis zum Jahr 2010 den CO₂-Ausstoß um acht Prozent zu senken. Weil der Straßenverkehr mit einem Anteil von fast 20 Prozent an den Gesamtemissionen der zweitgrößte Verursacher für Treibhausgase ist, muss die EU der Schiene deutlichen Vorrang geben, wenn sie ihre Klimaschutz-Verpflichtungen einlösen will. Wir wollen darüber hinaus einen europaweit geltenden CO₂-Grenzwert für PKW-Neufahrzeuge festlegen - mit dem Ziel, deren Benzin-Durchschnittsverbrauch im Jahr 2010 auf fünf Liter und 2015 auf drei Liter zu begrenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Diesel-Neufahrzeuge mit einem Partikelfilter ausgerüstet werden. Insgesamt muss der Ausstoß von Schadstoffen verringert werden. Ebenso brauchen wir stärkere Regelungen und Maßnahmen, um den Lärm besonders an Straßen, Flughäfen und Bahnstrecken zu reduzieren. Die Europäische Union hat eine Reduzierung der Straßenverkehrstoten um mindestens 50% bis zum Jahr 2010 zum Ziel. Dazu ist eine weitere Vereinheitlichung der Verkehrsgesetzgebung notwendig, die auch ein einheitliches Tempolimit einschließt.

Mit der EU-Erweiterung wird Deutschland noch mehr ein Transitland. Ob der dramatisch ansteigende Verkehr bewältigt wird, ohne dass Deutschland in Stau und Abgasen erstickt, hängt vor allem von der grundsätzlichen verkehrspolitischen Weichenstellung ab. Die im Weißbuch der EU geforderte Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene wird nur dann möglich, wenn die Fertigstellung der von Deutschland ausgehenden Schienenwege in die mittel- und osteuropäischen Länder mit höchster Priorität realisiert werden. Die Fördermittel für den Ausbau internationaler Schienenverkehrsprojekte im Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN) sollten daher deut-

lich erhöht werden. Auch für den Regionalverkehr oder den "kleinen Grenzverkehr", der das Zusammenwachsen fördert, sind diese Verbindungen von großer Bedeutung.

Um zusätzliche Fahrgäste zu gewinnen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das öffentliche Verkehrsangebot fahrgastfreundlicher, kosteneffizienter und durch Zusatzangebote wie z.B. Car-Sharing attraktiver gestalten. Dazu brauchen wir einen kontrollierten Qualitätswettbewerb der Verkehrsunternehmen und einen europaweiten Netzzugang für alle Bahnunternehmen sowie gestärkte Fahrgastrechte. Darüber hinaus wollen wir mit einem Umweltverbund aus Bahn, Bus, Taxi, Fahrrad und Schiff einen immer größeren Teil der Personen- und Güterverkehre bedienen und Übergänge zwischen allen Verkehrssystemen optimal ausgestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fahrradmitnahme im Fern- und Nachtverkehr auf europäischer Ebene überall ermöglicht wird. Die technischen Barrieren der in der EU existierenden unterschiedlichen Signalsysteme, Stromspannungen und Spurweiten müssen überwunden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Ausbau eines europaweiten Radfernwegernetzes ein, das die nationalen Planungen für den Radverkehr integriert.

Europaweit braucht der Verkehr deshalb ein Mobilitätsmanagement und eine Preisgestaltung, die auch die ökologische Wahrheit sagt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen im Rahmen einer einheitlichen Energiebesteuerung die bisherigen Steuervergünstigungen für den Straßen- und den Flugverkehr abschaffen. Eine europaweite Abgabe auf Flugbenzin und eine umweltgerechte und nutzungsabhängige Verteilung der Wegekosten über LKW-Mautsysteme oder Schwerlastabgaben muss sowohl die Kosten für Infrastruktur als auch für Klimaschäden, Umweltbelastungen, Gesundheit und Sicherheit der Menschen enthalten. Produktion und Verteilung von Gütern sollen möglichst so organisiert werden, dass unsinnige Verkehre vermieden werden. Wir setzen uns für eine stärkere Kooperation europäischer Flughäfen ein. Auf diese Weise können in einem einheitlichen europäischen Luftraum die benötigten Kapazitäten bereitgestellt, aber auch der Bau von neuen Start- und Landebahnen vermieden werden.

Viele europäische Regionen sind durch Schifffahrtsrouten oder Schiff-Schienekombinationen miteinander verbunden. Die enorme Zunahme der Küstenschifffahrt wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch eine effiziente Entwicklung der Umschlagtechnologien unterstützen. Dabei ist insbesondere die Schienenanbindung der europäischen Häfen unser vorrangiges Ziel. Die Tankerkatastrophen der letzten Jahre haben uns die ökologischen Risiken der Hochseeschifffahrt deutlich vor Augen geführt. Die Sicherheit im Schiffsverkehr wollen wir durch verbesserte technische Standards, höhere Versicherungsverpflichtungen der Schiffseignerinnen und Schiffseigner, bessere Ausbildung der Seeleute und stärkere Kontrollen der Hafenstaaten erhöhen. Wir werden uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Emissionen im Schiffsbetrieb schrittweise bis auf die Grenzwerte an Land abgesenkt werden. Darüber hinaus wollen wir durch Ausweisung besonders empfindlicher Meeresgebiete zusätzliche Sicherheitsauflagen in bestimmten Küstenregionen ermöglichen.

In einer erweiterten Union kommt der europäischen Raumordnungspolitik eine noch größere Bedeutung zu. Die einzelstaatliche Agrar-, Regional-, Verkehrs- und Umweltpolitik wirkt auch über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinaus. Die Politik muss daher stärker als bisher unter raumordnerischen Zielvorstellungen koordiniert werden. Die unnötige Konkurrenz zwischen den Regionen (z.B. der Seehäfen) muss durch verstärkte Kooperation ersetzt, die Belastungen durch Verkehrsnetze (z.B. Alpentransit) vermindert, ein wirksamer ökologischer Hochwasserschutz in den großen Flusseinzugsgebieten sichergestellt und nicht zuletzt das europäische Naturschutznetz "Natura 2000" dauerhaft abgesichert werden.

Biologische Vielfalt bewahren

Die Vielfalt unserer Pflanzen- und Tierwelt ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage. Das weltweite Artensterben bedroht diese Vielfalt in immer stärkerem Maße. Um diesen Prozess aufzuhalten, müssen wir sowohl in Europa als auch weltweit handeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein, dass das im Jahre 1992 in Rio beschlossene Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) konsequent umgesetzt wird. Ziel ist es, den fortschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2010 zu stoppen.

Die EU muss die Entwicklungsländer stärker unterstützen, damit deren genetische Ressourcen erhalten bleiben. Mit der biologischen Vielfalt verlieren diese Länder zunehmend ihre Lebens- und damit auch Einkommensgrundlagen. Wir dringen außerdem auf einen gerechten finanziellen Ausgleich, wenn genetische Ressourcen aus Entwicklungsländern von Dritten wirtschaftlich genutzt werden.

Innerhalb der EU setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch weiterhin für die notwendigen Maßnahmen ein, die den Verlust an biologischer Vielfalt verhindern. Hierzu zählen z.B. der Schutz sensibler Naturgebiete vor Kontamination mit gentechnisch veränderten Organismen oder der Erhalt der letzten zusammenhängenden Naturräume oder die Schaffung des europäischen Netzes "Natura 2000", für das wir eine europäische Ko-Finanzierung fordern. Wir machen uns stark für ein europäisches "Grünes Band" entlang der ehemaligen Systemgrenze vom Eismeer (Finnland/Russland) bis zum Schwarzen Meer (Türkei/Bulgarien), in das die Naturräume entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze eingebettet werden sollen. Dieser Schutzraum soll Symbol des neuen gemeinsamen Europas mit seinem besonderen Bekenntnis zur Nachhaltigkeit werden.

Auch der Hochwasserschutz ist ohne Naturschutz nicht mehr denkbar. Die Renaturierung von begradigten und verbauten Flüssen, der Rückbau von Entwässerungssystemen und die Verbesserung der Versickerungsfähigkeit des Bodens tragen nicht nur zum Erhalt der biologischen Vielfalt, sondern ebenso effektiv zum Hochwasserschutz bei. Die bereits verabschiedete Wasserrahmenrichtlinie fordert die Ausrichtung der Gewässer am ökologisch optimalen Zustand. Wir werden uns nachdrücklich für die Umsetzung dieser Richtlinie in den Mitgliedsstaaten der EU einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich darüber hinaus für eine deutliche Reduzierung der Flächenversiegelung und des Flächenverbrauchs für Siedlung und Verkehr ein.

Zum Schutz der elementaren Lebensgrundlage Boden muss die EU stärker aktiv werden. Die Gemeinschaft muss hier Rahmenbedingungen für die Bauplanungen schaffen, mit denen die fortschreitende Zersiedelung und Versiegelung gebremst wird. Für die Bodenbewirtschaftung müssen Standards gelten, die die nachhaltige Nutzbarkeit gewährleisten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch die Ausweitung des ökologischen Landbaus auch in der Landwirtschaft wesentlich zum Erhalt der pflanzengenetischen Vielfalt beitragen. Wir wollen bedrohte Nutzierrassen und Kulturpflanzensorten besonders fördern und finanzielle Anreize für Landbewirtschaftungsformen abschaffen, wenn sie die biologische Vielfalt gefährden.

In unseren Wäldern kann nur eine naturnahe Waldbewirtschaftung den Verlust der biologischen Vielfalt aufhalten. Deshalb fordern wir eine glaubwürdige Zertifizierung für Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Das Bestreben der Bundesregierung, nur noch nach den Richtlinien des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziertes Holz zu beschaffen, sollte Vorbild für die EU sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der Aktionsplan gegen illegalen Holzein

schlag und den Handel mit illegal geschlagenem Holz, der von Deutschland zum Schutz der Regenwälder initiiert wurde, mit Hilfe von wirtschaftlichen Anreizen und Sanktionen auch umgesetzt wird.

Die bisherige EU-Fischereipolitik hat zu einer dramatischen Reduzierung der Fischbestände und zur Bedrohung etlicher Fischarten geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern strengere Regelungen der EU gegen Überfischung und Verschmutzung der Meere. Es muss erreicht werden, dass Jungfische und nicht gewünschte Beifangarten geschont werden und die so genannte "Gammelfischelei" eingestellt wird. Das Engagement der EU gegen den Walfang darf nicht nachlassen.

Agrarwende europaweit durchsetzen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN orientieren sich konsequent am Leitbild einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft und artgerechten Tierhaltung. Mit der von Renate Künast begonnenen Agrarwende hat Deutschland bei den Luxemburger Beschlüssen im Jahre 2003 eine Vorreiterrolle in der EU gespielt, die zu einem entscheidenden Richtungswechsel geführt hat: Der begonnene Ausstieg aus den Tier- und Ackerprämien, die bislang mehr Masse statt Klasse gefördert haben, und die Bindung von Prämien an Qualitäts-, Umwelt- und Tierschutzstandards leiten eine neue Ära in der europäischen Landwirtschaft ein. In Zukunft wird die Hälfte der EU-Mittel, die immer noch für den Agrarbereich ausgegeben werden, nicht mehr "Masse statt Klasse" fördern, sondern unabhängig von der Produktion die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums.

Mit diesem Kurswechsel entsprechen wir den Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher, die mit ihren Steuergeldern nicht mehr Überproduktion und deren Beseitigung finanzieren wollen, sondern eine Landwirtschaft, die schonend mit den natürlichen Ressourcen umgeht sowie Umwelt, Natur und Artenvielfalt schützt. Wir wollen keine Subventionierung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen. Die Menschen wollen gesunde Nahrungsmittel und deshalb eine Produktions- und Verarbeitungsweise, die Lebensmittelkrisen und Seuchenskandale erst gar nicht entstehen lässt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft ein, die ökologische und soziale mit ökonomischen Zielen verbindet. Multifunktional arbeiten Landwirtinnen und Landwirte, die nicht nur Nahrungsmittel produzieren, sondern auch Biomasse- oder Windanlagen errichten, nachwachsende Rohstoffe verwerten, sanften Tourismus betreiben und sich so zusätzliche Einkommensquellen erschließen.

Der ökologische Landbau hat Vorbildcharakter für die Landwirtschaft in Europa. Wir wollen diese besonders nachhaltige Wirtschaftsweise mit einem "Aktionsprogramm Ökologischer Landbau" weiter fördern und den Qualitätsstandard sowie die Vermarktung ökologischer Produkte verbessern. Für uns ist regional erste Wahl, denn gerade die regionale und direkte Vermarktung erhöht die Wertschöpfung im ländlichen Raum, schafft Arbeitsplätze und wird aus diesem Grund zu Recht gefördert. Menschen in den ländlichen Gebieten Europas brauchen eine Perspektive. Wir wollen eine Verbesserung der Einkommensmöglichkeiten durch Diversifizierung, Stärkung der sozialen Infrastruktur und die aktive Mitgestaltung der ländlichen Entwicklungsprogramme "von unten", d.h. durch die Bevölkerung. Nur wenn der ländliche Raum insbesondere für Jugendliche und Frauen eine Zukunft bietet und attraktiv ist, wird der Trend zur Landflucht im erweiterten Europa aufgehalten. Die Gefahr der Landflucht besteht in besonderem Maße für einige der neuen, vorwiegend ländlich strukturierten Mitgliedsländer, in denen ein grundlegender Strukturwandel zu außer

gewöhnlichen Härten bei der ländlichen Bevölkerung führen kann. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dieser Entwicklung entgegenwirken.

Der Sinn der landwirtschaftlichen Produktion ist immer der Verbrauch. Deshalb ist Landwirtschaft auch eine Frage des Verbraucherschutzes. Besonders problematisch ist dies beim Anbau gentechnisch veränderter Organismen. Verbraucher und Erzeuger müssen die Wahlfreiheit haben, sich zwischen Produkten und Produktionsverfahren mit und ohne Gentechnik entscheiden zu können. Wir wollen deshalb die Koexistenz sichern – über Abstandsregelungen und gute fachliche Praxis, aber auch durch möglichst niedrige Schwellenwerte an der Nachweisgrenze für die gentechnische Verunreinigung von Saatgut. Um gleiche Bedingungen für den Markt und die Verbraucher zu gewährleisten, ist es wichtig, EU-weit verbindliche Koexistenz- und Haftungsregelungen zu schaffen. Solange dies nicht gesichert ist, sprechen wir uns für eine Fortsetzung des bestehenden Moratoriums aus. Wir fordern für europäische Regionen die Möglichkeit, gentechnikfreie Bewirtschaftungsregionen einführen zu können. Die Agrarreform muss für die Zeit nach 2006 weiter vorangetrieben werden: Die Berücksichtigung der Prinzipien der Nachhaltigkeit, des Tierschutzes und der ländlichen Entwicklung in der Agrarpolitik müssen weiter gestärkt werden. Wir streben dabei eine Reduzierung der Finanzmittel für die Agrarpolitik an.

Das Recht auf ausreichende und gesunde Nahrung ist weltweit und für alle Menschen zu sichern und institutionell zu verankern. Für dieses Ziel muss die EU in Zusammenarbeit mit den Institutionen der VN und der WTO verbindliche Regeln für den Lebensmittelhandel ausarbeiten. Nur dann kann die laufende WTO-Runde als Entwicklungsrunde erfolgreich sein. Die EU-Agrarreform muss genutzt werden, die nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern zu fördern und gleichzeitig Qualitäts-, Umwelt- und Tierschutzstandards weltweit zu entwickeln und zu sichern. Die EU-Exportsubventionen wollen wir beenden, stattdessen müssen die bäuerlichen und regionalen Strukturen der Produktion und Vermarktung in den Entwicklungsländern gestärkt werden.

Verbraucherrechte stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen den Verbraucherschutz als wesentlichen Teil der deutschen und europäischen Modernisierungsstrategie. Wir orientieren uns am Leitbild der mündigen Verbraucherinnen und Verbraucher, denen für ihre Konsumententscheidung die notwendige Information zu Verfügung stehen. Wir wollen den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und die Schaffung von Transparenz und Wahlfreiheit. Verbraucherschutz schafft mehr Sicherheit, bereitet den Boden für neue Märkte und richtet sich konsequent nach den Kriterien der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit.

Transparente Märkte und umfassende Informationen sind entscheidende Voraussetzungen für bewusste Kaufentscheidungen. Davon profitieren auch die Unternehmen, denn Information schafft Vertrauen und ohne Vertrauen kann es keine funktionierenden Märkte geben. Auf datensensiblen Märkten wie dem Internet liegen heute zum Beispiel die Unternehmen vorne, die sich den Schutz der Kundeninteressen auf ihre Fahnen schreiben, indem sie differenzierte und verlässliche Sicherheitssysteme anbieten.

Bei ihrer Kaufentscheidung richten sich immer mehr Menschen nach Kriterien, die über die traditionelle Definition von Produktqualität hinausgehen, wie z.B. die Einhaltung von Umwelt- und Tierschutzstandards, fairer Handel oder gerechte Arbeitsbedingungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich weiterhin dafür ein, dass die Produkt- und Prozessqualität transparent wird, um die

Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten. Die VerbraucherInnen sind vor irreführender Werbung sowie missverständlichen Vertragstexten zu schützen. Handelspraktiken, z.B. bei Finanzdienstleistungen, müssen Fairness und Verantwortung als Grundlage haben. Im öffentlichen Verkehr müssen die Kundenrechte zum Beispiel bei Verspätung oder schlechtem Service gestärkt werden. Verbraucherschutz schafft auch Standortvorteile für die Unternehmen. Wo Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gegeben ist, wo Märkte abgesichert sind, dort lohnen sich auch Investitionen. Mit der Erweiterung wird die EU der größte Binnenmarkt der Welt sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die EU eine wichtige Vorreiterrolle als Verbraucherschutzstandort in der globalisierten Wirtschaftsordnung spielt. Wir werden darauf achten, dass auch in der erweiterten EU keine Harmonisierung von Standards auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erfolgen wird. Statt dessen setzen wir auf Mindeststandards, die nach oben den notwendigen Handlungsspielraum lassen.

Bei aller gewünschten Deregulierung gibt es jedoch Bereiche, in denen es völlig ohne Regulierung keinen Wettbewerb und keine Wahlfreiheit geben wird. So braucht zum Beispiel der Strommarkt eine Regulierungsbehörde, damit echter Wettbewerb entstehen kann, sich keine Monopole herausbilden und die Qualität der Versorgung nicht leidet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gerade bei der Liberalisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge sichern – und zwar weltweit. Die Wasserversorgung durch öffentliche Träger zeichnet sich vielerorts durch hohe Qualität aus. Die Versorgung mit Wasser muss in öffentlicher Hand bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den gesundheitlichen Verbraucherschutz auf ein neues Fundament gestellt. Die Krisenprävention wurde durch ein europaweites Schnellwarnsystem entscheidend verbessert, die Instrumente des Krisenmanagements gestärkt und besser aufeinander abgestimmt. Wir wollen nun die Verbraucherschutzmaßnahmen europaweit effizient koordinieren und umsetzen. Auch die Qualität von Lebensmitteln wird durch Verbraucherschutz verbessert. Dies fördert nicht nur die individuelle Lebensqualität der Menschen sondern beugt auch unnötigen gesellschaftlichen Folgekosten, z.B. durch Lebensmittelkrisen, vor.

Weil Lebensmittelsicherheit unteilbar ist, brauchen wir europaweit einheitliche Regeln und Standards. Wir wollen, dass der Verbraucherschutz bei der Harmonisierung und Erweiterung der EU vorrangig berücksichtigt wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten vehement dafür ein, dass die EU den Verbraucherschutz in allen internationalen Vereinbarungen verankert, so beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen durch Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit, bei der Unterstützung besonders nachhaltig erzeugter Produkte durch entsprechende Kennzeichnung, aber auch im gesamten Bereich der Dienstleistungen. Da Verbraucherschutz essenzieller Bestandteil des Handels ist, wollen wir ihn als sogenanntes nicht-handelsbezogenes Kriterium auch in den WTO-Verträgen festschreiben.

Tierschutz staatenübergreifend regeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bereits wesentliche Verbesserungen im Tierschutz erreicht. Wir streiten weiter für die nochmalige Verringerung der Tiertransportzeiten auf vier bis sechs Stunden und fachgerechte Betreuung der Tiere während des Transports, die endgültige und vollständige Abschaffung der Exportsubventionen für lebende Tiere und die Fortentwicklung der Richtlinien für die Nutztierhaltung. Regionale Schlachthöfe sorgen für kurze Zeiten bei Tiertransporten. Wir wollen die Wettbewerbsposition gegenüber Produkten aus nicht artgerechter Tierhaltung stärken.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die neuen Förderungsmöglichkeiten für eine tiergerechte Produktion praxisnah umgesetzt werden.

Um Tierseuchen und dramatische Tötungsmaßnahmen wie bei BSE, der Maul- und Klauenseuche oder der Geflügelpest zu verhindern, wollen wir Tiermehl in Futtermitteln weiterhin verbieten und die Entwicklung von Konzepten zur Seuchenprävention vorantreiben. Unser Ziel ist es auch, Tierversuche überflüssig zu machen. Wir wollen die Suche nach Alternativen und die Anerkennung der Ersatzmethoden intensivieren. Tierquälerei Methoden bei der Jagd und bei Wettkämpfen mit Tieren müssen verboten werden.

Joschka Fischer hat im Verfassungskonvent mit seiner Initiative zum Tierschutz eine konstruktive Debatte ausgelöst, die wir mit dem Ziel weiterführen werden, dass der Tierschutz als Zusatzprotokoll in die europäische Verfassung aufgenommen wird.

2. Soziale Handlungsspielräume ausbauen, Wirtschaft ökologisch erneuern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Europa, das heute Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Globalisierung gibt. Grenzüberschreitender Handel mit Waren und Dienstleistungen, freier Kapitalverkehr und ein sich entwickelnder europäischer Arbeitsmarkt prägen den Prozess der europäischen Integration. Nur wenn diese Integration in ausreichendem Maße gelingt, kann der zunehmende Verlust der politischen Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten kompensiert werden. Wenn wir uns den Kräften des Weltmarkts nicht ausliefern, sondern die Globalisierung politisch gestalten wollen, dann müssen wir stärker europäisch handeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten das Leitbild einer gerechten Globalisierung und einer politischen und wirtschaftlichen Union, die sich am Konzept der Nachhaltigkeit orientiert und in der Ökonomie, Ökologie und Soziales in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Wir wollen Europa so gestalten, dass die wirtschaftlichen Vorteile des Binnenmarktes die Lebensqualität aller Menschen in Europa verbessern, ohne dass sie zu Lasten der Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern gehen. Unternehmen brauchen einen funktionierenden Wettbewerb, eine stabile Währung und verlässliche Rahmenbedingungen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen abgesicherte Arbeitsplätze und soziale Rechte wie Mitsprache im Unternehmen. Die Politik schließlich braucht einen Handlungsraum, in dem sie diese Ziele verwirklichen kann. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine ökologisch soziale Marktwirtschaft und fairen Wettbewerb in Europa, aber keine ruinöse Standortkonkurrenz. Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern, alt und jung und mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen arm und reich - das lässt sich längst nicht mehr im nationalen Alleingang bewältigen, sondern braucht einen europäischen Rahmen. Wir wollen die Tradition des europäischen Sozialstaates sichern und zu einem nachhaltigen Modell mit weltweiter Strahlkraft weiterentwickeln. Hierzu gehört insbesondere eine europäische Außenwirtschaftspolitik, die diesem Anspruch nach innen und nach außen gerecht wird. Dies ist in der bisherigen WTO-Verhandlungsrunde nur in Teilbereichen gelungen - das Scheitern von Cancún ist als Signal ernstzunehmen. Es muss daher auch in diesem Politikbereich mehr Transparenz

geben. Dies umfasst Information und Konsultationen insbesondere des europäischen Parlaments bereits im Rahmen der EU-internen Meinungsbildung.

Den gemeinsamen Markt an Nachhaltigkeit orientieren

Der Euro ist ein Symbol für den qualitativen Sprung, den die EU in den vergangenen Jahren gemacht hat. Gleichzeitig hat er mit seinem wirtschaftlichen und politischen Gewicht diese rasante Entwicklung maßgeblich geprägt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Integrationsfunktion der gemeinsamen Währung immer betont und zugleich auf eine wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Abstützung der Währungsunion gedrungen, Der Dialog der EZB mit dem Europäischen Parlament und dem Rat muss intensiviert sowie mit den nationalen wirtschaftspolitischen Instanzen erweitert und vertieft werden.

Im Interesse der Nachhaltigkeit müssen heute die richtigen Investitionen für die Zukunft getätigt werden. Künftigen Generationen dürfen wir keinen erdrückenden Schuldenberg hinterlassen, sondern eine intakte und zukunftsfähige Infrastruktur für Bildung, Umwelt, soziale Sicherheit und Ökonomie. Wir bleiben dem Auftrag der Haushaltskonsolidierung verpflichtet und halten am Stabilitätspakt unter Berücksichtigung seiner flexiblen Rahmenbedingungen fest.

Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb ist, dass klare Regeln und ein Mindestmaß an verabredeten Standards bestehen. Die Entstehung übermäßiger Marktmacht und ihr Missbrauch muss durch eine effektive Wettbewerbspolitik ausgeschlossen werden. Der fortgeschrittenen Konzentration in der Wirtschaft muss unter anderem durch eine schärfere Anwendung des europäischen Kartellrechts entgegen gewirkt werden. Ein freier Warenverkehr, der zugleich dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtet ist, braucht verbindliche qualitative Mindestnormen für Produkte und Produktionsverfahren. Es muss für Mitgliedstaaten möglich sein, über bestehende Normen hinaus eine Vorreiterrolle im Umwelt-, Gesundheits-, und Verbraucherschutz einzunehmen. Sie brauchen nicht nur nationalen Handlungsspielraum, sondern auch europäische Unterstützung.

Daseinsvorsorge – Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Das politische und wirtschaftliche Ziel des gemeinsamen Marktes ist bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN untrennbar mit der Vorstellung einer umfassenden und qualitativ hochwertigen Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen verbunden. Dort, wo Versorgungssicherheit nicht gewährleistet oder die Qualität der Versorgung gefährdet ist, finden Deregulierung und Privatisierung ihre Grenzen. Die Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben. Hier müssen spezielle Standards zum Schutz dieser elementaren Ressource gewährleistet werden. Ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips soll die Entscheidung über die Ausgestaltung der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge transparent und dezentral erfolgen. Eine Kontrolle der missbräuchlichen Aushebelung des europäischen Wettbewerbs erfolgt durch die EU-Kommission und die jeweils zuständigen nationalen Wettbewerbsbehörden (in Deutschland z.B. das Bundeskartellamt).

Ökologisch und sozial gerecht steuern

Die Niederlassungsfreiheit und der freie Kapital- und Warenverkehr stellen die Mitgliedstaaten vor steuerpolitische Herausforderungen, die mit den derzeitigen Entscheidungsregeln nicht zu bewälti

gen sind. Jedes Land, das heute von verfehlten Regelungen profitiert, kann Veränderungen durch sein Veto blockieren. Unser Ziel ist, dass die Europäische Union steuerpolitische Entscheidungen künftig im Rat mit qualifizierter Mehrheit und unter Mitentscheidung des Europäischen Parlaments trifft. Durch eine Abschaffung des Vetos wäre endlich der Weg frei für europaweite Standards für Umweltsteuern. Weiterhin ist es unser Ziel, die im Amsterdamer-Vertrag festgelegte Überprüfung aller Entscheidungen, also auch steuerpolitischer, auf ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf die Geschlechter hin vorzunehmen.

Ein europäischer Kompromiss zur Zinsbesteuerung konnte zwar erst nach mehrjährigen Verhandlungen erzielt werden, er ist aber ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine gerechte Besteuerung von Kapitalerträgen im Binnenmarkt etwa durch automatische Kontrollmitteilungen bei grenzüberschreitenden Zinszahlungen an das Heimatfinanzamt. Auch der Umsatzsteuerbetrug, der in den letzten Jahren massiv zugenommen hat, muss wirksamer bekämpft werden. Dazu muss die Umsatzsteuer im Binnenmarkt einfacher und moderner werden, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen muss weiter intensiviert werden. Unser langfristiges Ziel ist es, Umsätze im Binnenmarkt steuerlich genauso zu behandeln wie Umsätze im Inland. Um dies zu erreichen, brauchen wir aber auch hier den Wechsel zur qualifizierten Mehrheit.

Die steuerpolitische Komplexität im Binnenmarkt mit 25 Steuerrechtssystemen und über 100 Doppelbesteuerungsabkommen führt zu einer Fehllenkung von wirtschaftlichen Ressourcen, zu überflüssiger Bürokratie und zu Rechtsunsicherheit. Dies behindert die wirtschaftliche Dynamik. Außerdem kommt es zu steuerlich bedingten Gewinnverlagerungen und schädlichem Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben deshalb eine europaweit einheitliche konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen an. Die Steuersätze sollen – oberhalb eines Mindestsatzes – in jedem Mitgliedstaat eigenständig festgelegt werden. So bleibt den einzelnen Staaten genügend Spielraum in der Steuerpolitik.

Auch nach außen sollte die EU einheitlicher auftreten und die nationalen Doppelbesteuerungsabkommen durch europäische ersetzen. So können auch Steueroasen außerhalb der Union beseitigt werden.

Immer noch wird die EU hauptsächlich über beitragsähnliche Zahlungen ihrer Mitgliedstaaten finanziert. Dieser Finanzierungsmodus ist für die Bürgerinnen und Bürger undurchschaubar und wird dem Status der EU nicht mehr gerecht. Zukünftige Finanzierungsmodelle sollen jedoch auch nicht zu Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger führen. Deshalb wollen wir die bisherige Obergrenze der EU-Einnahmen von 1,27 Prozent des Sozialproduktes beibehalten, wenn die EU in Zukunft direkt am nationalen Steueraufkommen beteiligt oder durch eigene Steuern finanziert wird. Der ungerechtfertigte Beitragsrabatt für Großbritannien ist abzuschaffen. Außerdem sind in diesem Zusammenhang die Haushaltsregeln der EU zu reformieren. Damit steigt die finanzpolitische Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger. Neben der Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Art und Höhe der Eigenmittel fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach wie vor die volle Mitentscheidung des Europäischen Parlaments über den gesamten Haushalt, namentlich über die Agrar- und die außenpolitischen Ausgaben sowie über die mittelfristige Finanzplanung. Der Europäische Entwicklungsfonds muss in den jährlichen Haushaltsplan der EU integriert werden.

Neue Aufgaben – veränderte Ausgaben

Neue Herausforderungen der Globalisierung und das Leitbild der Nachhaltigkeit machen den Neuzuschnitt des EU-Budgets erforderlich. Dabei muss das Prinzip des Gender Budgeting berücksichtigt werden. Mittel müssen effizient eingesetzt werden und einen europäischen Mehrwert erbringen. Die europäischen Programme wollen wir transparent ausgestalten.

Während auf die Agrar- und Strukturpolitiken rund 80 Prozent des EU-Haushaltes entfallen, stehen für so wichtige gemeinschaftliche Aufgaben wie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), nachhaltige Entwicklung, Geschlechtergerechtigkeit, Umweltschutz, Forschungspolitik, Integration und für eine europäische Wissensgesellschaft zu wenig Mittel zur Verfügung. Das muss sich ändern und dafür braucht es starke Grüne im Europäischen Parlament. Wir wollen den Anteil der Agrarausgaben am europäischen Haushalt mittelfristig deutlich senken. Beihilfen für ökologisch schädliche Produkte und Produktionsverfahren, insbesondere die Milliarden subventionen für die Atomenergie nach dem EURATOM-Vertrag lehnen wir als ökologisch kontraproduktiv und wettbewerbschädlich ab.

Der bestmögliche Einsatz knapper Finanzmittel ist ein Anspruch, den die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu Recht einfordern. Angesichts gewachsener Aufgaben, wie der Osterweiterung und dem Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), weisen wir aber auch alle Versuche zurück, die Obergrenze des EU-Haushalts von 1,24 % des BNE (Bruttonationaleinkommen) weiter zu reduzieren. Wir wenden uns auch entschieden gegen die Versuche des EU-Rates der Finanzminister, die langjährigen Haushalts-Rechte des Europaparlamentes abzubauen; das EP muss stattdessen im Bereich Haushalt endlich die vollen parlamentarischen Rechte erhalten. Nach wie vor stellt der Europäische Rechnungshof Jahr für Jahr ein beunruhigendes Ausmaß an Missmanagement und Betrug fest. Nach wie vor stehen daher die Betrugsbekämpfung und der Kampf gegen Korruption und Verschwendung ganz oben auf der Tagesordnung. Wir wollen mehr Kompetenzen für das EU-Amt für Betrugsbekämpfung OLAF und die Schaffung einer europäischen Generalstaatsanwaltschaft. Es sollte auch formal nicht mehr der Kommission, sondern dem Rechnungshof unterstehen. Europa braucht mehr Kompetenzen und durchdringendere Kontrollen für die interne Kontrolle (Interner Audit) und eine bessere Informationspolitik über laufende Verfahren. Wir wollen eine zentrale Auftragsdatei für die Verwaltung der EU, die Korruption erschwert, sowie eine ‚schwarze Liste‘, die betrügende Unternehmen bei zukünftigen Aufträgen sanktioniert. Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung der Stelle eines unabhängigen Ombudsmanns für Korruptionsangelegenheiten in der EU ein. .

Politik gegen verkrustete Strukturen

In der erweiterten EU wird der Abstand zwischen Wohlstands- und Armutszonen sehr viel größer sein als bisher. Damit wird das Solidaritätskonzept der EU auf eine harte Probe gestellt und verlangt eine Reform der Strukturpolitik. Strukturhilfen müssen sich auf die ärmsten Regionen sowie auf soziale Benachteiligungen im gesamten europäischen Raum konzentrieren und Grenzregionen als Ganzes fördern. Wir werden darauf achten, dass es in den Regionen, die angesichts der Erweiterung aus den Strukturhilfen herausfallen und insbesondere in den neuen Bundesländern nicht zu abrupten Einbrüchen in der Entwicklung kommt. Wir werden darauf achten, dass es in den Regionen, die angesichts der Erweiterung aus den Strukturhilfen herausfallen und insbesondere in den neuen Bundesländern u.a. durch Instrumente des 2. Arbeitsmarktes nicht zu abrupten Einbrüchen

in der Entwicklung kommt. Strukturhilfen sind keine Almosen, sondern Zukunftsinvestitionen, die langfristig für ganz Europa Nutzen bringen. Auch nach 2006 wird es in den wirtschaftlich schwächeren Regionen Deutschlands noch Bedarf an regionaler Strukturpolitik geben. Daher müssen strukturpolitische Handlungsmöglichkeiten auch nach der EU-Strukturfondsreform in diesen Regionen erhalten bleiben. Die Reform muss an vorhandenen Entwicklungspotenzialen ansetzen, innovative Politiken fördern und Verkrustungen aufbrechen. Zu einer innovativen, modernen und effizienten Strukturpolitik gehört, dass das Kriterium der Nachhaltigkeit an zentraler Stelle Berücksichtigung findet. Strukturpolitik ist in erster Linie subsidiär und bedarf deshalb immer der Ko-Finanzierung durch die betroffenen Regionen. Der Probleme bei der Beschaffung von Eigenmitteln besonders in strukturschwachen Gebieten der Beitrittsstaaten sind wir uns bewusst. Gerade hier sollen künftig EU-Mittel, die von den Mitgliedstaaten nicht rechtzeitig abgerufen werden, zugunsten innovativer Projekte eingesetzt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Mitsprache und Verantwortung der betroffenen lokalen und regionalen staatlichen und privaten Akteure. Instrumente wie die Drei-Parteien-Verträge und Globalzuschüsse wollen wir weiter ausbauen. Die Verantwortlichen in den zuständigen Stellen in den Beitrittsländern müssen gemeinsam in die Lage versetzt werden, diese Mitsprache und Verantwortung zu gewährleisten und zu unterstützen. Einer Renationalisierung der Förderung treten wir entschieden entgegen.

Die Neuausrichtung der europäischen Strukturpolitik darf nicht auf Kosten bisheriger Programme einer innovativen Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik geschehen. Auch im Hinblick auf die Förderung von Frauen hat sich das innovative Potenzial europäischer Programme und Initiativen im Rahmen der Strukturfonds bewährt. Der Kohäsionsfonds diente dazu, den bisherigen wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten den Eintritt in die Währungsunion zu erleichtern. Nachdem die bisherigen Empfängerländer den Euro inzwischen eingeführt haben und ihre Wirtschaft teilweise dynamischer wächst als in den Zahlerländern, muss der Kohäsionsfonds abgeschafft werden. Für die neuen Mitgliedstaaten sollte der Beitritt zur Währungsunion im Rahmen der Strukturfonds unterstützt werden. Die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, die die Entwicklung des ländlichen Raumes fördert, muss mit der Strukturpolitik stärker vernetzt werden. Bei dieser Koordinierung muss die ökologische und am Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher orientierte Umgestaltung der Agrarwirtschaft Priorität haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Effektivität, Transparenz und Partnerschaft der lokalen Akteure in der Förderung, und wir wollen Bürokratie abbauen. Den europäischen Förderdschungel wollen wir nach dem Prinzip "Ein Fonds für ein Programm" lichten.

Soziale Sicherheit gewährleisten und erneuern

Alle Länder Europas verbindet die europäische Tradition des Sozialstaates. Diese Tradition wollen wir sichern und nachhaltig modernisieren. Europa darf sich nicht damit abfinden, dass Menschen dauerhaft ausgegrenzt und gesellschaftlich an den Rand gedrängt sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für wirksame europaweite Regeln ein, um Sozialdumping zu verhindern. Wir brauchen keine Vereinheitlichung der Sozialpolitik in Europa und auch keinen Wettlauf um die niedrigsten Sozialstandards, sondern eine aktive gestaltende Sozialpolitik in der EU. Es darf aber auch keinen Wettlauf um die niedrigsten Sozialstandards in Europa geben. Wir setzen uns ein für gemeinsame Maßnahmen zur Rückführung der Arbeitslosigkeit und Bekämpfung der Armut sowie zum Abbau der sozialen Ausgrenzung.

Mindeststandards können eine aktiv gestaltende Politik nicht ersetzen. Fast alle europäischen Länder stehen durch veränderte Erwerbsbiografien, demografischen Wandel und eine Neuausrichtung der internationalen Arbeitsteilung vor ähnlichen Problemen im Hinblick auf ihre Systeme der sozialen Sicherheit. Die beschäftigungspolitischen Ziele der Europäischen Union, wie sie in der "Lissabon-Strategie" festgelegt sind, unterstützen wir nachdrücklich. Die Wirksamkeit der Beschäftigungsstrategie hinsichtlich von Armut und Unterversorgung gilt es jetzt zu überprüfen und zu konkretisieren. BÜNDNIS 90/GRÜNE Beschäftigungspolitik in Europa bedeutet in Verbindung mit einer ökologischen Wirtschaftspolitik das Engagement für existenzsichernde Arbeitsplätze.

Die bestehenden Systeme sozialer Sicherung haben trotz des Ziels gerechter Verteilung manche Ungerechtigkeiten hingenommen oder gar verfestigt. Gerechte Verteilung bleibt aber unser Ziel. Soziale Sicherung braucht den Wandel. Der Sozialstaat muss modernisiert werden, um seine Leistungsfähigkeit zu erhalten. Erforderlich sind neue Balancen zwischen staatlicher Rahmenverantwortung, zivilgesellschaftlichem Engagement, Solidarität und selbstbestimmter Verantwortung der Einzelnen. Der Sozialstaat der Zukunft orientiert sich an der Grundsicherung für alle, verbunden mit der immer wieder erneuerten Chance des Zugangs aller Frauen und Männer zu und der Teilhabe an den zentralen gesellschaftlichen Gütern Arbeit, Bildung und Demokratie.

Durch "Best-Practice"-Vergleiche können die europäischen Staaten lernen, wie man den Herausforderungen begegnet. Wir wollen deshalb eine Koordinierung der mitgliedstaatlichen Politiken durch Leitlinien fördern. Diese müssen den wirtschafts-, sozial-, beschäftigungs-, frauen-, familien- und umweltpolitischen Zielen gleichberechtigt Gewicht einräumen. Diese Form der Koordinierung muss verbindlich werden und mehr als nur eine zwischenstaatliche Verabredung sein. Mit einem so verstandenen Lissabon-Prozess machen wir Europa zukunftsfähig.

Sozialsysteme europatauglich machen

Die soziale Dimension Europas hinkt der ökonomischen weit hinterher. Ein wichtiger Fortschritt ist, dass auch soziale Rechte in der europäischen Verfassung verankert sind. Nun kommt es darauf an, das soziale Europa mit Leben zu füllen und verbindliche Mindeststandards zu erreichen.

Immer mehr Menschen wohnen, leben und arbeiten nicht mehr ihr ganzes Leben an einem Ort. Aber ihre Freiheit und Mobilität wird nach wie vor dadurch beschnitten, dass die sozialstaatlichen Systeme der EU-Staaten noch nicht kompatibel und damit europatauglich sind. Wer durch einen beruflichen Wechsel ins Ausland Nachteile bei seiner Rente hat, wird die Vorteile des geeinten Europas nicht ausschöpfen können. Soziale Ansprüche und Rechte müssen grenzüberschreitend geltend gemacht werden können. Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und das Rentensystem müssen der Mobilität der Menschen angepasst werden. Wie in Deutschland, so streben wir auch auf europäischer Ebene eine armutfeste Grundsicherung an.

In einem freizügigen Europa muss auch die grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen möglich sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass medizinische Behandlungen im allen Mitgliedstaaten ohne bürokratische Hürden möglich sind. Wir wollen, dass diese durch nationales Recht nicht behindert werden.

Die Ausgestaltung der nationalen Gesundheitssysteme in der EU liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Damit wird Vielfalt ermöglicht und damit können auch die unterschiedlichen Bedürfnisse und Erfahrungen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten berücksichtigt werden. Aller

dings gibt es ähnliche Probleme und Herausforderungen. So wirken der demografische Wandel oder der medizinisch-technische Fortschritt auf alle Gesundheitssysteme in der EU gleichermaßen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen deshalb den kontinuierlichen Vergleich der nationalen Gesundheitssysteme im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung. Aus dem regelmäßigen Vergleich lassen sich Stärken und Schwächen der verschiedenen Systeme ablesen, Ansatzpunkte für Verbesserungen finden und Anregungen für Weiterentwicklungen erhalten. Bisher weist dieses Verfahren aber ein Demokratiedefizit auf. Die Festlegung der Ziele und Kriterien erfolgt im Ministerrat, weder das Europäische Parlament noch die gesellschaftlichen Akteure in den Mitgliedstaaten sind beteiligt. Das wollen wir ändern. Dabei werden wir uns auch dafür einsetzen, dass neben die nachhaltige Finanzierung auch die Zugänglichkeit und die Qualität der Gesundheitsleistungen als gleichrangige Beurteilungskriterien treten.

Wichtig ist, dass dem Ziel eines hohen Gesundheitsschutzniveaus auch außerhalb des unmittelbaren Gesundheitssystems Geltung verschafft wird. Wir unterstützen deshalb die europäischen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und zur Arbeitsplatzsicherheit. Im Rahmen einer umfassenden Umwelt- und VerbraucherInnenpolitik setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich für strenge gesundheitliche Standards und Grenzwerte ein. Dort wo es bewährte europäische "best practice" Standards gibt, etwa in der Behandlung von Brustkrebs, ermöglichen wir die zügige europaweite Umsetzung. Wir wollen eine zielgruppenspezifische Gesundheitsforschung und -förderung unter den Aspekten Geschlecht, Alter und kulturelle sowie soziale Herkunft. Wir befürworten das Aktionsprogramm der EU zu europaweiten Gesundheitsproblemen, wie zur AIDS-Aufklärung, zum Kampf gegen den Krebs, zur Suchtprävention sowie zur Erforschung und Therapie seltener Krankheiten. Um mehr Erkenntnisse über die Rolle von Schadstoffen bei der Entstehung von Krankheiten zu erhalten, wollen wir die Umwelt- und Präventivmedizin und die Synergienforschung fortentwickeln und besonders unterstützen. Wir setzen uns für eine Bestandsaufnahme und kritische Bewertung des UN-Programms gegen Drogen ein.

Osteuropa ist inzwischen stärker von HIV und AIDS betroffen als Westeuropa. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein Programm der EU zur Bekämpfung von HIV und AIDS und zur medizinischen Versorgung der Menschen in Osteuropa ein. Den eklatanten Widerspruch zwischen der Anti-Raucher-Kampagne der EU und der gleichzeitigen massiven Subvention des Tabakanbaus wollen wir durch die Rückführung dieser Subventionen lösen.

Die Anstrengungen der EU, dem Tabakkonsum entgegenzuwirken, unterstützen wir. Dazu gehört auch das europäische Werbeverbot für die Tabakindustrie.

Vor dem Hintergrund der demographischen und sozialen Veränderungen gilt es auch, gemeinsame Ansätze für die Aufwertung der Pflege sowie der Optimierung der Ausbildung in der Pflege zu entwickeln. Wir streben deshalb u.a. eine Harmonisierung der Pflegeausbildung in der EU an.

3. Europäische Wissensgesellschaft aufbauen – in Bildung, Forschung und Kultur investieren

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entscheidet Bildung über die Chancen unserer Kinder und unserer Gesellschaft. Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Wissensgesellschaft wird über die soziale und wirtschaftliche Zukunft Europas entscheiden. Für eine selbstbestimmte und solidarische Gesellschaft ist Bildung elementar. Wenn unsere Gesellschaft wesentlich stärker in Bildung, Forschung und auch in Kultur investiert, lösen wir die Innovationen aus, die eine nachhaltige Entwicklung in Europa vorantreiben können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein gerechtes Bildungssystem, eines, das für alle gleichermaßen sowie grenzüberschreitend zugänglich ist. Wir unterstützen wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt, der sich am Ziel einer freien und nachhaltigen Entwicklung orientiert.

Die PISA-Studie hat vor allem zweierlei deutlich gemacht: Die Bildung in Deutschland hinkt qualitativ hinter vielen Nachbarländern her. Unser Bildungssystem ist zudem ungerecht, weil in kaum einem anderen Land die soziale Herkunft so stark über den Bildungserfolg entscheidet wie in Deutschland. Der Blick nach Europa zeigt, dass viele der notwendigen Veränderungen, wie größere Eigenverantwortung für die Bildungseinrichtungen, eine Qualitätsüberprüfung oder mehr und bessere vorschulische Bildungsangebote in anderen Ländern bereits zum Alltag gehören. Deshalb wollen wir von unseren europäischen Nachbarn lernen.

Kulturelle Verständigung ist Voraussetzung und zugleich Motor für das Zusammenwachsen Europas. Eine wirklich europäische Kultur zu fördern heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allerdings nicht, vorhandene Unterschiede einzuebnen, sondern Vielfalt zuzulassen, und damit die Möglichkeit für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen.

Lebenslanges Lernen – durchlässig und gerecht

Eine innovative und wettbewerbsfähige Bildungslandschaft in Europa muss den sich verändernden Bildungsbiographien Rechnung tragen, denn Bildung ist ein Gut, das nur durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung seinen Wert erhalten kann. Lernen findet schon heute nicht mehr nur in einer klar abgegrenzten Phase in Kindheit und Jugend statt, sondern ist ein permanenter Prozess bis ins hohe Alter. Bildung muss sich aber stärker als bisher an den individuellen Fähigkeiten und Interessen von Kindern ausrichten. Wir wollen, dass Lernbereitschaft zum Lebensstil und zur täglichen Praxis werden. Und dieser Bereitschaft muss auch ein umfangreiches und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot gegenüber stehen, das für alle erreichbar ist und Teilhabe ermöglicht.

Unser Konzept des lebensbegleitenden Lernens gehört deshalb zu den Schlüsselstrategien, um das vom Europäischen Rat in Lissabon formulierte Ziel zu erreichen: Bis zum Jahr 2010 soll die Europäische Union der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen mehr Zugänge zum Bildungssystem für alle geöffnet und die Übergänge durchlässiger werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine klare Richtung bei der Ausgestaltung des "Lissabon-Prozesses": Wir wollen in die europäische

Wissensgesellschaft investieren, Forschung und Entwicklung nach den Kriterien der Nachhaltigkeit fördern und durch Ausbildung und Investitionen einer sozialen und auch digitalen Spaltung entgegenwirken.

Mehr Bildungsmobilität in Europa

Gemeinsam in Europa zu lernen, und dabei von- und miteinander zu lernen, ist ein wichtiges Element zur Herausbildung eines europäischen Bewusstseins. Das Zusammenleben mit jungen Menschen in einem anderen Land Europas während der Schulzeit, der Ausbildung oder dem Studium füllt die Idee des gemeinsamen Europa wie kaum eine andere Erfahrung mit Leben.

Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allen Auszubildenden und allen Studierenden die Möglichkeit geben, unabhängig von der eigenen finanziellen Situation mindestens sechs Monate lang in einem anderen Land Europas zu leben und zu lernen.

Wir wollen ebenfalls die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler, eine Zeit lang eine Schule im europäischen Ausland zu besuchen, verbessern. Lehreraustauschprogramme sind notwendig, um unterschiedliche pädagogische Praxis und Bildungssysteme in Europa kennen zu lernen. Nur durch die europaweite Vergleichbarkeit und die Anerkennung europaweit erworbener Kenntnisse und Abschlüsse können wir eine Mobilität befördern, die in einem gemeinsamen europäischen Bildungsraum gebraucht wird.

Deshalb unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Bologna-Prozess, der bis zum Jahr 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum anstrebt und damit das Ziel der besseren Vergleichbarkeit europäischer Studienabschlüsse. Transparenz und Anerkennung von Studienabschlüssen werden damit erleichtert. Wir befürworten die in der Erklärung von Bologna geforderte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im Rahmen einer "offenen Koordinierung", die Harmonisierung von Qualitätsstandards und die Entwicklung von Methoden zur Qualitätssicherung. Vergleichbarkeit und Vielfalt der Bildungssysteme – nicht deren Angleichung – muss die Leitlinie dieses Harmonisierungsprozesses sein.

Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass Vertreterinnen und Vertreter aller relevanten Gruppen in die Ausgestaltung dieses Prozesses mit einbezogen werden, insbesondere Vertretungen der Studierenden.

Wir wollen, dass verstärkt gestufte Studiengänge mit einer verbesserten inhaltlichen und didaktischen Gestaltung eingeführt werden. Um mehr Lernende als bisher für Bildungsangebote im europäischen Ausland zu gewinnen, sollen die dafür zuständigen Träger die Informationen und individuellen Beratungsangebote zu Bildungsmöglichkeiten in Europa ausbauen. Nur so können soziale, geschlechtsspezifische, ethnische und religiöse Beschränkungen überwunden werden, um Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die gesamte Palette der Bildungschancen zu eröffnen. Die Bildungsanforderungen an die einzelnen Berufsfelder sind gestiegen und die Übergänge zwischen den verschiedenen Berufsfeldern fließender geworden. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der Berufsbildungsforschung ein sowie für eine Kultur des lebensbegleitenden Weiterlernens, die den neuen, breiteren Tätigkeitsfeldern gerecht wird. Auch im Bereich der Berufsausbildung und Berufsqualifizierung müssen die im europäischen Ausland vollzogenen Ausbildungsschritte europaweit anerkannt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen bei der laufenden Internationalisierung des Bildungssystems auf

die Erhöhung der Vielfalt des Angebots, besonders im Bereich der tertiären Bildung in Deutschland, auf die Öffnung des Bildungssystems, auf die Erhöhung der Bildungsbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie auf die gesteigerte Durchlässigkeit innerhalb der einzelnen Bildungsbereiche besonderen Wert legen. Wir befürworten und unterstützen eine solche Entwicklung ausdrücklich, da sie die Entscheidungsspielräume für alle erweitert. Gerade deshalb müssen Wissen und Forschungsergebnisse dauerhaft öffentlich zugänglich bleiben und in einer Balance zu Urheber- und Patentansprüchen stehen. Wir setzen uns ein für den Schutz und die Ausweitung des freien Zugangs zu Wissen und Bildung. Freie Software, offene technische Standards und kollaborative Wissensentwicklung sowie die entsprechende Ausbildung zum Umgang mit den neuen Medien sind erforderlich für einen freien Wettbewerb der Ideen und Erkenntnisse und ein nachhaltiges Wachstum.

Bildung ein öffentliches Gut und muss in einem Europa des Wissens im wesentlichen eine öffentliche Aufgabe bleiben. Wir wollen eine größere Autonomie der Bildungseinrichtungen und Wettbewerb um die besten Bildungsangebote. Die umfassende Kommerzialisierung von Bildung als eine gewöhnliche Dienstleistung und weitergehende Liberalisierungsverpflichtungen im Rahmen der WTO- und GATS-Verhandlungen halten wir jedoch für falsch. Wir sind für einen fairen Wettbewerb zwischen den Bildungseinrichtungen, aber gegen eine Kommerzialisierung der Bildungssysteme zu Lasten der Lernenden.

Forschungspolitik nachhaltig und gerecht gestalten

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Investitionen in Forschung wichtige Grundlagen für die Entwicklung unserer Wirtschaft und ein unverzichtbarer Baustein für eine nachhaltige Politik. Deshalb muss die Nutzbarmachung von Kultur- und Wissensressourcen von einer Forschungspolitik gefördert werden, die verantwortungsvoll und nachhaltig ausgerichtet ist. Forschung und öffentliche Forschungsförderung müssen gesellschaftlich verantwortet und ethisch fundiert werden. Sowohl bei der inhaltlichen Ausrichtung als auch bei der Vergabe der Mittel müssen die Richtlinien des Gender Mainstreaming berücksichtigt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Verwirklichung der Leitlinie des Rates von Lissabon ein, den für Forschung und Entwicklung aufgewandten Anteil des Bruttoinlandsprodukts in der EU auf drei Prozent zu steigern. Ein Pfad dorthin muss in den nationalen Haushaltspolitiken eröffnet werden. Eine handlungsorientierte Friedens- und Konfliktforschung, gerade auch im Hinblick auf die Risiken neu zu entwickelnder Technologien, ist in einem verantwortlichen und friedlichen Europa unverzichtbar.

Bestimmten, in der Vergangenheit begünstigten Forschungsprioritäten erteilen wir eine Absage. Dazu gehört die Forschung an neuen Kernreakortypen und der Einstieg in das Kernfusionsexperiment ITER. Wir brauchen dagegen auf europäischer Ebene mehr Forschung in den Bereichen der Erneuerbaren Energien, der Energiespeichertechnik und der Energieeinsparung. Wir fordern auch die Festschreibung des Klonverbots und das Verbot verbrauchender Embryonenforschung. Im Bereich der von den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern abgelehnten "Grünen Gentechnik" muss die Forschungsförderung reduziert werden. Im Bereich der Gesundheitsforschung brauchen wir mehr Investitionen in die Forschung zur Verbesserung von Vorsorgemaßnahmen und Vorsorgestrategien ebenso wie für die stärkere Anwendung von Naturheilverfahren. Die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, Männern und Kindern müssen in der Gesundheitsforschung stärker berücksichtigt werden.

Eine moderne Patentgesetzgebung ist wichtig für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Europa. Bei der notwendigen Novelle der europäischen Biopatentgesetzgebung müssen sowohl eine angemessene Erfinderbelohnung als auch Forschungsfreiheit, bezahlbare Medikamente und Therapien sowie freier Zugang zu genetischen Ressourcen gewährleistet werden.

Für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sehen wir einen großen Forschungsbedarf bei der Datensicherheit. Der hohe rechtliche Schutz, den die Privatsphäre innerhalb der EU genießt, muss zu Basis einer funktionierenden Sicherheitstechnologie werden. Für mehr Sicherheit gegen Hackerangriffe setzen wir auf eine Produkthaftung der Hersteller und die Vielfalt von Betriebssystemen. Durch Förderung von Freier Software wollen wir Wettbewerb und Innovation fördern und die Teilhabe aller am Nutzen der neuen Technologien ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein Moratorium bei der Entwicklung von Cyberwaffen und eine internationale Konvention zur friedlichen Nutzung des Cyberspace ein.

Das 6. Forschungsrahmenprogramm der EU setzt vor allem auf große Forschungsnetzwerke mit starker Industriebeteiligung. Dieser Ansatz muss kritisch evaluiert werden, um die Beteiligungschancen von Hochschulen und klein und mittelständischen Unternehmen zu sichern und zu stärken.

In Zukunft soll die Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderung vom europäischen Parlament maßgeblich mitgestaltet, beschlossen werden und die Umsetzung kontrolliert werden. Die Beantragung von EU Forschungsmitteln ist zu vereinfachen und an den Zielen der Programme auszurichten.

Kulturelle Vielfalt als Basis für eine europäische Identität

Kultur ist Lebenselixier. In diesem Bewusstsein will grüne Kulturpolitik das gemeinsame europäische Erbe, das viele Traditionen, Bräuchen und Religionen umfasst, in seiner Vielfalt und Lebendigkeit bewahren und für weitere Entwicklungen öffnen.

Grüne Politik fördert Kunst und Kultur in Europa, einen Erfahrungsraum, in dem sich das Verständnis verschiedener Traditionen füreinander, der wechselseitige Respekt voreinander und das demokratische Miteinander festigt und vertieft und eine gemeinsame europäische Identität schafft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen weder eine europäische Vereinheitlichung noch eine "europäische Leitkultur". Ein interkultureller Dialog in Europa ist eine gesellschaftliche Bereicherung; weil er als lebendiger Kommunikationsprozess unser geschichtliches Erbe pflegt und die Erfahrungshorizonte erweitert. Dieser Dialog setzt voraus, dass man über Kenntnisse und Wertschätzung der eigenen Kultur verfügt, um andere als gleichberechtigt gelten lassen zu können.

Die in Europa gelebte Sprachenvielfalt wird von uns als erstrangiges Kulturgut anerkannt, die trotz aller praktischen Schwierigkeiten in der Verständigung zu erhalten und zu fördern ist.

Kulturelle Vielfalt sichern und fördern

Kulturpolitik gehört noch immer zu den Stiefkindern im EU-Haushalt. Angesichts der wichtigen Aufgaben, welche die Kulturpolitik im europäischen Einigungsprozess hat, ist eine Erhöhung des Kulturetats dringend geboten. Wir setzen uns dafür ein, dass die europäischen Kulturprogramme

auch weiterhin Bestand haben und darüber hinaus intensiviert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich damit ausdrücklich zur Verantwortung der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union für kulturelle Vielfalt und regionale Differenz.

Die Vergabe von Mitteln muss transparenter und bürgerfreundlicher gestaltet werden, z. B. durch Beratung und Hilfestellung bei der Antragstellung. Dezentralität der Kulturförderung in einer globalisierten Welt wird immer wichtiger. Die Förderung der regionalen Sprachen Europas sind für uns unverzichtbarer Bestandteil einer Kulturpolitik für Europa. Die Förderung der regionalen Sprachen in Europa sind für uns unverzichtbarer Bestandteil der Kulturpolitik in Europa.

Wir engagieren uns ebenso für den europäischen Film und europäische Medienprojekte. Wir sprechen uns ausdrücklich für eine Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus. Auch seine online-Angebote wollen wir fördern, da die technische Konvergenz voranschreitet und die Bedeutung des Internets zunimmt. Die Trennung von Marktmacht und politischer Macht im Mediensektor ist eine zentrale bündnisgrüne Forderung für die künftige europäische Medienpolitik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen, dass öffentlich-rechtliche und private Medien in ihren Programmen die europäische Perspektive stärken. Dabei kann auf Angeboten wie arte und Euro-news, die wir für unverzichtbar halten, aufgebaut werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Jugendaustauschprogramme weiterhin eine wichtige Rolle spielen und dass dabei die kulturellen Aspekte stärker betont werden. Kommunikation und Austausch zwischen den regionalen Kulturen müssen so früh wie möglich ansetzen, denn gerade für die heranwachsenden Generationen sind frühe und intensive Begegnungen mit Kunst und Kultur kostbar, um so den Respekt vor dem Anderen zu lernen und das Selbstvertrauen in die eigene kulturelle Identität und Kreativität zu stärken.

Das Projekt der "Kulturhauptstadt Europa", bei dem die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa herausgestellt werden und das Verständnis der BürgerInnen Europas füreinander gefördert werden sollen, werden wir weiter unterstützen und ausbauen. Dabei ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Aspekt der kulturellen und der ökologischen Nachhaltigkeit zentral: Die Bewerberstädte verwirklichen ihre Projekte, die dann modellhaft für ganz Europa sein können – und geben gleichzeitig ihrer eigenen Kulturlandschaft über Jahre ein neues Gesicht.

Europas Kultur ist reich an Kulturdenkmälern verschiedenster Art. Das kulturelle Erbe in der Vielfalt seiner Museen, Archive, Gedenkstätten und Mahnmale und baulichen Zeugnisse zu erhalten, ist daher ein zentrales Ziel unserer Kulturpolitik und soll eine europäische Dimension bekommen. Europa braucht die Auseinandersetzung mit seiner Geschichte seiner Einzelstaaten, um aus Reflexion und vergleichender Anregung eine gemeinsame Zukunft gestalten zu können.

Unsere Geschichte ist Ort der Auseinandersetzung und des Lernens. Dazu gehören auch die Gedenkstätten des nationalsozialistischen Unrechtsregimes, die in einer aktiv gestalteten Erinnerungskultur immer wieder neu reflektiert werden müssen. Auch die Nachkriegszeit ist zum Gegenstand einer europäischen Erinnerungskultur zu machen. Dazu gehört gerade auch der Umgang mit Andersdenkenden im Europa der Nachkriegszeit. Dies gilt auch für die DDR-Vergangenheit. Einer steten Aufarbeitung und Erinnerung gilt unser besonderes Augenmerk.

Kunst und Kultur sind keine beliebigen Dienstleistungen. Kulturpolitik und Kulturschaffende dürfen durch das Abkommen nicht beschränkt werden, sondern sollen auf der sicheren Basis einer

eigenen kulturellen Identität Europa kulturell erfahrbar machen. Kulturelle Vielfalt, künstlerische Freiheit, der freie Zugang zu Kultur und kultureller Bildung sind zentrale Voraussetzungen für ein freies und offenes Europa. Kultur und Kunst gehen von den Menschen aus, nicht von Staaten. Grüne Kulturpolitik will für alle Menschen die Erfahrbarkeit der kulturellen Identität Europas in ihrer Vielfalt fördern.

4. Demokratie lebendig gestalten, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Schlagwort vom Europa der Bürgerinnen und Bürger mit Leben füllen. Das kann nur erreicht werden, wenn die Menschen sich als Unionsbürgerinnen und -bürger und damit als Teil einer lebendigen europäischen Demokratie begreifen. Überall in der EU zu arbeiten und zu reisen, die Verwirklichung der Bürgerrechte, die Garantie, Rechte effektiv einzuklagen: diese Möglichkeiten haben eine große Bedeutung für unseren Alltag. Daher setzen wir uns dafür ein, so schnell wie möglich allen Unionsbürgerinnen und -bürgern die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in der gesamten EU zu gewähren. Durch den Wegfall von Binnengrenzen und die zunehmende Mobilität muss sich auch ein Teil der Justiz- und Innenpolitik auf die europäische Ebene verlagern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die zunehmende Vergemeinschaftung der Justiz- und Innenpolitik erreichen. Starke Grüne im Europäischen Parlament sind ein Garant dafür, dass die Beachtung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Prinzipien unverrückbarer Maßstab des europäischen Handelns sind. Zum Europa der Bürgerinnen und Bürger gehört, dass gesellschaftliche Diskriminierung abgebaut und den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Menschen sowie einem selbstbestimmten Leben Rechnung getragen wird. Es bedarf einer modernen Gesellschaftspolitik, die das Asyl- und ein zeitgemäßes Einwanderungsrecht einschließt.

Für Bürgernähe und demokratische Beteiligung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Verantwortlichkeiten auf europäischer Ebene klar benennen. Es waren Grüne im Europäischen Parlament, die vor Gericht erfolgreich für ein umfassendes Akteneinsichtsrecht der Bürgerinnen und Bürger gestritten haben. Um ein Mehr an Transparenz zu erreichen, halten wir die Offenlegung und Kontrolle von Lobbytätigkeit für unerlässlich. Die europäische Zivilgesellschaft und die europäischen Parteien sollen im politischen Prozess der EU eine zentrale Rolle spielen. Wir wollen sie deshalb weiter stärken und Verbände mit einem Klagerecht ausstatten. Das Parlament muss in Zukunft ein Gesetzes-Initiativrecht erhalten.

Für uns bedeutet Demokratie auch immer direkte Partizipation. Deshalb gehören Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid nicht nur zur Demokratie in Deutschland, sondern auch im europäischen Raum. Das jetzt in der Europäischen Verfassung verankerte Bürgerbegehren ist ein erster Schritt zu mehr direkter Demokratie in Europa. Die Bürgerinnen und Bürger sollen europaweit in Bürgerentscheiden über die europäische Verfassung abstimmen. In Deutschland soll gleichzeitig mit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 der erste bundesweite Bürgerentscheid über die neue Verfassung durchgeführt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich

für die dazu erforderliche Grundgesetzänderung ein. Auch bei wichtigen künftigen Verfassungsänderungen sollen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Wir wollen zudem die Unionsbürgerschaft ausbauen: Wir möchten die Mitgliedstaaten ermuntern, in Zukunft allen Unionsbürgerinnen und -bürgern, die seit mehr als fünf Jahren in einem anderen EU-Mitgliedstaat leben, das Wahlrecht zu nationalen und regionalen Parlamenten in ihrem Wohnsitzstaat zu geben.

Grund- und Bürgerrechten Geltung verschaffen

Die Grünen im Europäischen Parlament und in der rot-grünen Koalition haben das Projekt einer Europäischen Grundrechtecharta maßgeblich vorangebracht. Auch wenn wir in einigen Bereichen weitergehende Rechte angestrebt haben, so ist die Charta und ihre Aufnahme in die europäische Verfassung dennoch ein Meilenstein für den europäischen Grundrechtsschutz. Sie stellt den politischen Grundrechten auch zentrale soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte zur Seite. Außerdem sind eine ganze Reihe von "modernen" Rechten wie etwa das Recht auf Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht aufgenommen worden. Grundrechte nützen aber nichts, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Damit die Grundrechte für die Bürgerinnen und Bürger auch unmittelbar einklagbar werden, bedarf es eines Individualklageverfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof vergleichbar der Verfassungsbeschwerde des Grundgesetzes.

Auf europäischer Ebene werden täglich Entscheidungen getroffen, die die Grund- und Bürgerrechte berühren - sei es der Austausch von Daten oder die Auslieferung nach dem Europäischen Haftbefehl. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Ein wirksames, transparentes und leicht zugängliches Rechtsmittelsystem ist Voraussetzung für alle Maßnahmen, die in Grundrechte eingreifen könnten. Darum müssen Verfahrensgarantien und Verteidigerrechte länderübergreifend gelten. Wir werden die Europäische Datenschutzbeauftragte bzw. den Europäischen Datenschutzbeauftragten gegen eine Aufweichung der Datenschutzbestimmungen unterstützen. Die Zeiten, in denen die nationalen Innenministerinnen und Innenminister solch sensible Themen hinter verschlossenen Türen verhandelt haben, werden mit Inkrafttreten der Europäischen Verfassung endgültig vorbei sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden im Europäischen Parlament dafür sorgen, dass die gewonnenen demokratischen Kontrollrechte nicht Makulatur bleiben, sondern Ausdruck einer gelebten Demokratie werden.

Eine weltoffene Einwanderungspolitik und faire Asylverfahren

Wir wollen die Harmonisierung der europäischen Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik fortsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Europäische Verfassung qualifizierte Mehrheitsentscheide ermöglicht, damit die Blockademöglichkeiten einzelner Staaten in diesem Politikbereich der Vergangenheit angehören. Das europäische Parlament soll hierbei mitentscheiden. Eine weltoffene Zuwanderungspolitik, verbunden mit effektiven Integrationsangeboten, wird in Zeiten der Globalisierung auch ökonomisch immer wichtiger. Wir wollen hier weitergehen und eine Zuwanderungspolitik innerhalb der EU schaffen, die Einwanderung gestaltet, das Asylrecht schützt und Integration fördert.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen das uneingeschränkte Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention und ein hoher menschenrechtlicher Standard Grundlagen des europäischen Asylsystems sein. Die europäische Asylpolitik muss dabei insbesondere der spezifischen Situation von

Frauen und Kindern Rechnung tragen. Migrantinnen ist ein vom Ehepartner unabhängiges Aufenthaltsgewohnheitsrecht zu gewähren. Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität muss europaweit ein Bleiberecht begründen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden weiterhin alles dafür tun, dass die von der EU-Kommission vorgelegten Richtlinien zur Weiterentwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik, die auch die nichtstaatliche und die geschlechtsspezifische Verfolgung anerkennt, schnell und ohne weitere Verwässerungen angenommen und in nationales Recht umgesetzt werden. Die über den Europäischen Flüchtlingsfonds finanzierten Projekte zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen wollen wir ebenso ausbauen wie die Programme des Europäischen Sozialfonds, die darauf zielen, Asylsuchende in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Die Sicherung der Außengrenzen einer erweiterten EU darf nicht allein den Grenzländern überlassen, sondern muss gemeinsam verantwortet werden. Hierzu gehört, dass die Möglichkeit von Flüchtlingen, sich nach Europa retten zu können, gewährleistet sein muss. Europa soll nicht als "Festung" gegen Flüchtlinge abgeschottet werden, sondern muss ein sicherer Zufluchtsort sein. Überlegungen, die Durchführung von Asylverfahren in Länder außerhalb der EU auszulagern, erteilen wir eine klare Absage. Wir sprechen uns für einen Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge und für ein faires Asylverfahren für alle und ohne diskriminierende Auflagen aus. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Armutsbekämpfung, Konfliktverhütung sowie Aufbau und Festigung demokratischer und menschenrechtlicher Strukturen integraler Bestandteil einer Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, die an den Ursachen ansetzt. Diese Politik wollen wir intensivieren und mit mehr Mitteln ausstatten. Entwicklungshilfe muss an die Einhaltung von Menschenrechten und demokratische Regierungsführung gebunden werden. Ihre Kopplung an die Einhaltung von Rückführungsabkommen lehnen wir ab.

Migrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen die unterschiedlichen Politikbereiche der EU, die mit Fragen von Einwanderungs-, Integrations- und Flüchtlingspolitik befasst sind, vernetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Menschen, die auf Dauer bei uns leben, spätestens nach fünf Jahren die Unionsbürgerschaft bekommen. Dann sollten sie nicht nur an Kommunalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen können, sondern nach dieser Frist zudem die Möglichkeit haben, sich innerhalb der EU - ebenso wie Menschen mit nationalen Staatsbürgerschaften der Mitgliedsländer - frei zu bewegen, niederzulassen und zu arbeiten.

Innen- und Rechtspolitik europäisch prägen und fortentwickeln

Um Unionsbürgerschaft und Binnenmarkt Wirklichkeit werden zu lassen, müssen wir den europäischen Rechtsraum ausbauen. Unterschiedliche Rechtssysteme dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht daran hindern, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Rechtsschutzlücken, die es bisher in der europäischen Justiz- und Innenpolitik gab, schließen. Mit der Europäischen Verfassung wird die institutionelle Sonderrolle für die polizeiliche und strafrechtliche Zusammenarbeit entfallen. Dies bedeutet ein Mehr an Demokratie, weil das Europäische Parlament bei allen Gesetzgebungsvorhaben mitentscheiden soll. Es bedeutet auch ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit, weil der Europäische Gerichtshof die volle gerichtliche Kontrolle über alle EU-Maßnahmen ausüben kann.

Da die Befugnisse des europäischen Polizeiamts Europol auf ermittelnde Tätigkeiten erweitert wurden, müssen jetzt wirksame Kontrollmöglichkeiten aufgebaut werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Rechtsmittel gegen die Maßnahmen von Europol einführen und den Datenschutz verbes

sern. Die Immunität der Europol-Bediensteten muss abgeschafft werden. Ein europäischer Rechtsraum braucht eine europäische Staatsanwaltschaft. Sie soll schwere grenzüberschreitende Kriminalität verfolgen, Betrug zu Lasten der EU bekämpfen und gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof Europol kontrollieren.

Besondere Probleme bei der grenzüberschreitenden Verfolgung von Kriminalität stellen sich bei Menschenhandel, Geldwäsche und Terrorismus. Diese können nur im europäischen Kontext bekämpft werden, genauso wie die derzeitige Form des illegalen Drogenhandels. Diese können nur in europäischer Kooperation effektiv bekämpft werden. Allerdings hat die EU gerade in der Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 Schnelligkeit vor Gründlichkeit walten lassen. Damit die sensible Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wieder ins Gleichgewicht kommt, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass hier nachgebessert wird. Beim Kampf gegen Terrorismus darf es keinen Rabatt bei den Menschenrechten geben. Jede Einschränkung von Freiheitsrechten muss sich an die Grund- und Menschenrechte halten und mit effektiven Rechtsmitteln überprüfbar sein. Im Sinne des erweiterten Sicherheitsbegriffs müssen Prävention, Repression und Ursachenbekämpfung in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. In der Drogenpolitik wollen wir verhindern, dass Mitgliedstaaten, die neue Wege gehen wollen, indem sie etwa weiche Drogen legalisieren, zur Anwendung von einheitlichen Mindeststrafen verpflichtet werden. Drogenpolitik sollte künftig als Teil der Gesundheitspolitik bearbeitet werden, anstatt nur unter dem strafrechtlichen Aspekt.

Diskriminierungen beseitigen

Gradmesser für ein demokratisches Europa ist die Frage, wie es mit seinen Minderheiten umgeht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Gleichberechtigung fördern und den Schutz vor Diskriminierung weiter ausbauen, damit gleiche Rechte im Alltag aller EU-Bürgerinnen und -Bürger gelebt werden können. Niemand darf wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, seiner Sprache, der sexuellen Identität, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder wegen einer Behinderung benachteiligt werden. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die EU eine umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet. Wir wollen, dass in Deutschland für diese Kriterien die vorhandenen EU-Richtlinien zügig in einem zivil- und arbeitsrechtlichen Antidiskriminierungsgesetz umgesetzt werden. Die Programme mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung müssen fortgeschrieben und ausgebaut werden. Wir fordern einen jährlichen Bericht an das Europäische Parlament über den Stand der Integration gesellschaftlicher Minderheiten in der Europäischen Union.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für den weiteren Abbau von Diskriminierungen von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen ein. Die bisherigen Programme der EU gegen Diskriminierungen im Arbeitsbereich müssen ergänzt werden durch eine umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie. Die Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Barrierefreiheit von Verkehrsmitteln und anderen Anlagen und Einrichtungen sind weiter voranzutreiben. Im Gesundheitswesen muss die Inanspruchnahme grenzüberschreitender Angebote einschließlich Krankenbehandlung möglich sein. Insgesamt müssen auch die Rehabilitationssysteme weiter harmonisiert und eine funktionierende Infrastruktur für Pflege und Assistenz vorangetrieben werden. Das Recht auf berufliche Bildung und Teilhabe muss für alle Menschen mit Behinderung gewährleistet sein. Die Einführung eines europaweit geltenden Behindertenausweises soll geprüft werden."

Lesben und Schwule europaweit gleichberechtigten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten insbesondere für die vollständige Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgendern ein. Es gibt immer noch Mitgliedstaaten, die die Ehe oder registrierte Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare nicht anerkennen. Das bedeutet eine schwere Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit. Wir fordern die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen. Wir setzen uns ein für die institutionelle Förderung des europäischen Zusammenschlusses der Lesben- und Schwulenverbände sowie für die Unterstützung von Bürgerrechtsarbeit vor Ort, insbesondere in den Beitrittsstaaten. EU-Programme zur Jugendbegegnung sollen auch Maßnahmen zum Abbau von Homosexuellenfeindlichkeit mit einschließen. Die gemeinsame Außenpolitik der EU muss sich stärker als bisher für die Menschenrechte von Homosexuellen und Transgendern einsetzen.

Ein geschlechtergerechtes Europa

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundwert des europäischen Integrationsprozesses. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Geschlechtergerechtigkeit, die mehr ist als formale Gleichstellung und setzen sich daher für die europäische Doppelstrategie aus Frauenförderung und Gender Mainstreaming ein. Das Gender Mainstreaming ist ein sinnvolles Instrument, um diesen Wert umzusetzen. Das Gender Mainstreaming hat zwar noch nicht die Herzen der Männerwelt, wohl aber die Verwaltungen der Mitgliedstaaten erobert. Dass dieses Querschnittsprinzip jetzt in der Europäischen Verfassung verankert ist, haben wir grüner Frauenpolitik zu verdanken. Wir haben viel in Bewegung gebracht. Doch von der faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern ist die EU ebenso wie die meisten ihrer Mitgliedstaaten noch weit entfernt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich verstärkt dafür einsetzen, internationale Abkommen zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau in den EU-Mitgliedsstaaten bekannter zu machen und seine Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten voranzubringen. In diesen Prozess sollen Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche AkteurInnen einbezogen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Gender Budgeting (geschlechtergerechtes Haushalten) zum festen Bestandteil der EU-Politiken wird. Frauen sind von den finanziellen Auswirkungen politischer Entscheidungen zumeist anders betroffen als Männer. Diese geschlechtsspezifischen Auswirkungen müssen künftig bei allen politischen Entscheidungen bedacht werden. In den europäischen Programmen der Struktur- und Regionalpolitik, der Forschungs-, Bildungs- und Agrarpolitik muss der spezifischen Situation von Mädchen und Frauen stärker als bisher Rechnung getragen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die EU die Mitgliedstaaten auf größere Anstrengungen zur Überwindung der Frauenerwerbslosigkeit verpflichtet. Darüber hinaus müssen in der Beschäftigungs- und Sanktionspolitik die Leitlinien an verbindlichen Zielquoten und wirksamen Sanktionsmaßnahmen gekoppelt werden, um darüber die Frauen-Erwerbsarbeit der Männer-Erwerbsquote anzugleichen. Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich der Beschäftigung.

Die Grünen im Europäischen Parlament haben sich erfolgreich für die Richtlinie zur Gleichstellung am Arbeitsplatz stark gemacht, nach der erstmals auch "positive" Maßnahmen zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechts möglich sind. Wir wollen weiter gehen und fordern eine Richtlinie zur Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich stark für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen. Dafür sind

die Mindestquotierung der EU-Kommission und die Stärkung der Gleichstellungspolitik in der Kommission wichtige Schritte.

Die EU ist aufgefordert, entschiedener gegen den internationalen Menschenhandel vorzugehen. Programme wie STOP und DAPHNE, die die Informationsarbeit zur sexualisierten Gewalt und zum internationalen Menschenhandel, die vor allem Frauen und Kinder betreffen, fördern, sollen ausgebaut und in Bezug auf das Verfahren vereinfacht werden. Eine menschenrechtsorientierte europäische Außenpolitik muss auf eine Stärkung der Frauenrechte auch in den Nicht-EU-Staaten hinwirken.

Europa gegen Rechtsextremismus, Fremdenhass, Rassismus, Ablehnung von Schwulen und Lesben und Antisemitismus

Es ist ein Kernanliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Rechtsextremismus, Fremdenhass, Rassismus, Ablehnung von Schwulen und Lesben und Antisemitismus in der EU systematisch bekämpft und verfolgt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für gemeinsame Maßnahmen gegen völkerverhetzende Inhalte im Internet, für das Verbot der Holocaust-Verleugnung und der Verbreitung von Propaganda-Material, das rechtsextremes Gedankengut verherrlicht. Wir wollen die zivilgesellschaftlichen Strukturen gegen rechts stärken und fördern Netzwerke, die gegen Rechtsextremismus, Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus kämpfen und die gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber vorantreiben. Programme zur Bekämpfung von Homosexuellenfeindlichkeit in der Europäischen Union sind auszubauen. Mitgliedschaft in der EU setzt voraus, auch der Diskriminierung von Lesben und Schwulen glaubwürdig entgegenzutreten. Wir wollen das Projekt XENOS über das Jahr 2006 hinaus verlängern und entbürokratisieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Errichtung eines Europäischen Zentrums gegen Vertreibung ein, lehnen jedoch ein einseitig nationales Gedenken für die Opfer eines dunklen Kapitels europäischer Geschichte ab.

Ein Europa für alle Generationen

Europa wird nur zusammenwachsen, wenn auch die verschiedenen Generationen näher zusammenrücken. Wir wollen die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe starker und schwacher, junger und alter Menschen. Wir wollen eine europäische Gesellschaft, in der besondere Sorgfalt auf die Entwicklung der Kinder gelegt wird. Wir sehen in der frühen Begegnung mit Sprache und Kultur unserer Europäischen Nachbarländer einen großen Gewinn für das Zusammenwachsen Europas. Der selbstverständliche Umgang unter Kindern verschiedener Herkunft eröffnet die Chance für das Entstehen einer europäischen Identität. Kinder und Jugendliche brauchen eine starke Lobby. Sie sind Persönlichkeiten mit eigenständigen Rechten. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzen sich ein für den Rechtsanspruch auf eine gewaltfreie Erziehung und für eine Rechtsprechung, die das Wohl der Kinder und Jugendlichen auch in Familienkonflikten sichert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Jugendpolitik des Austausches, der Begegnung und des freiwilligen Engagements: Das Erlernen von Fremdsprachen ist dafür ebenso wichtig wie Praktika, Freiwillige Ökologische und Soziale Jahre, Arbeiten oder Studieren in einem anderen Land oder die Teilnahme an multinationalen Veranstaltungen von Kultur über Politik bis zum Sport. Gerade das Jahr der Fußball-Europameisterschaft in Portugal und der Olympischen Spiele in

Athen ist eine gute Chance, den Breitensport für Kinder zu fördern. Wir wollen Gastgeberkampagnen initiieren, Jugendbegegnungen ausbauen und ein Projekt "Jugendpartnerstädte" anregen, in dem Städte, Schulen und Universitäten aus "Ost" und "West" Austauschprogramme und wissenschaftliche Zusammenarbeit verabreden.

Diese Form des europäischen Mehrwerts darf aber nicht nur jenen mit guten Bildungsabschlüssen und Sprachkenntnissen zugute kommen und darf auch keine Frage der sozialen Herkunft sein. Von Europa zu profitieren darf auch keine Frage der sozialen Herkunft sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die europaweiten Programme für junge Berufstätige intensivieren, so dass sie die Möglichkeit bekommen, in einem anderen Land einige Monate in ihrem Beruf zu arbeiten. Ebenso brauchen wir spezielle Programme für arbeitslose Jugendliche, damit auch sie die Chancen wahrnehmen können, die Europa bietet. Es bleibt aber darüber hinaus auch die Aufgabe der Mitgliedstaaten, für ihre Jugend die Rahmenbedingungen zur Teilhabe am europäischen Leben zu schaffen. Sie sollen zum Beispiel den Fremdsprachenunterricht intensivieren und besser über die EU und die Chancen für Bildung und Ausbildung in Europa informieren. Ziel muß es jedoch sein, dass die Interessen junger Menschen stärker als bisher bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden und ihrer Stimme dabei mehr Gewicht verliehen wird. Wir setzen uns daher auch dafür ein, dass europäische Jugendverbände stärker finanziell unterstützt werden.

Mit der Europäischen Verfassung wird die Rechtsgrundlage für die Einrichtung eines Europäischen Freiwilligenkorps geschaffen, für das sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit vielen Jahren eingesetzt haben: Europäische Jugendliche sollen gemeinsam in der humanitären Hilfe arbeiten. Wir treten dafür ein, dass dieses Projekt schnellstmöglich umgesetzt und mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet wird. Darüber hinaus wollen wir die Aufgabenstellung des Freiwilligenkorps erweitern. Zu seinen Tätigkeitsfeldern sollen neben der gesamten Entwicklungspolitik auch grenzüberschreitende Umwelt- und Kulturprojekte gehören. Solange die Wehrpflicht in Deutschland noch nicht abgeschafft ist, wollen wir jungen Deutschen ermöglichen, ihren Zivildienst im Rahmen des Europäischen Freiwilligenkorps zu leisten.

Ältere Menschen werden mit ihren Erfahrungen auch im neuen Europa gebraucht. Wir wollen, dass sie ihre Kompetenzen, ihre Lebens- und Berufserfahrung auch im europäischen Kontext einbringen können. Statt auf eine Politik der Frühverrentung zu setzen, können die EU-Staaten voneinander lernen, wie der Übergang in den Ruhestand gestaltet werden kann. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gleitende Übergänge und damit auch mehr Selbstbestimmung im Alter.

Die Entwicklungspotenziale älterer Menschen müssen gefördert werden. Dazu wollen wir sie bei der Wissensvermittlung und beim Umgang mit den neuen Medien unterstützen. Online im Alter – das wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausbauen und mit entsprechenden EU-Programmen den generationsübergreifenden Aufbruch in die Wissensgesellschaft organisieren. Dazu soll die Altersmobilität und der Dialog zwischen den Generationen durch Projekte auf europäischer Ebene gefördert werden. Aber auch in der Sozial-, Wohnungs- und Verkehrspolitik gilt es, den spezifischen Interessen der älteren Generation Rechnung zu tragen.

Das urbane Europa

Die intellektuellen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen, mit denen Europa zum globalen Fortschritt beitragen kann bilden und bündeln sich primär in den Städten. Die europäischen Städte waren die Wiege der Aufklärung. Sie entwickelten historisch neue Wege, um indivi-

duelle Freiheit mit sozialer Integration zu verbinden. Aber auch heute kommt den Städten unter den Bedingungen der Globalisierung eine besondere Integrationsfunktion zu. Damit sie diese wahrnehmen können, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Handlungsspielräume im politischen und administrativen System der EU absichern.

Die Umsetzung europäischer Politik erfolgt in hohem Maße durch die Kommunen. Deshalb sind die europäischen Institutionen und die Kommunen aufeinander angewiesen, um europäische Politiken wirksam und hinreichend demokratisch legitimiert durchführen zu können. Die Kommunen sind jedoch kein administrativen Befehlsempfänger der europäischen Ebene. Im Dialog mit anderen europäischen Kommunen muss es darum gehen, das nunmehr in der europäischen Verfassung ausdrücklich geschützte Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung auch in Europa zu verwirklichen.

Das regionale Europa

Schon jetzt gibt es in Europa vielfältige Formen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den Regionen. Wir wollen ökologische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Projekte unterstützen, die die Regionen in ihrer Eigenentwicklung und in ihrem Zusammenhalt stärken.

5. Globalisierung gerecht gestalten, Frieden europäisch denken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein friedliches Europa, dass sich weltweit für die Schaffung und Bewahrung des Friedens und die gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzt.

Die Geschichte der Europäischen Union ist ein Beispiel dafür, dass durch politische und ökonomische Integration Frieden und Stabilität geschaffen werden kann. So ist es in den letzten 50 Jahren gelungen, durch eine dauerhafte Zusammenarbeit der Staaten Westeuropas jahrhundertalte Gräben zu überwinden. Aus einstigen Feinden wie Frankreich und Deutschland sind gute Nachbarn und Freunde geworden. Junge Demokratien konnten stabilisiert werden. Der Beitritt der Staaten Mittel- und Osteuropas unterstreicht diese konstante Leistungsfähigkeit europäischer Politik. Für die Länder auf dem Balkan wird in naher Zukunft - nicht zuletzt dank des Stabilitätspaktes - das Gleiche möglich werden. Wir setzen uns dafür ein, Europa zum Zentrum für Abrüstung und Friedensforschung, zum Zentrum der Initiativen der friedlichen Konfliktbewältigung und des friedlichen Konfliktausgleiches zu machen. Menschenrechte, Toleranz, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sind unveräußerliche Grundsätze unseres Europagedankens.

Die - auch leidvollen - historischen Erfahrungen haben uns Europäerinnen und Europäern zentrale Orientierungspunkte außenpolitischer Gestaltung gegeben: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Europäische Union ihre auswärtigen Politiken am friedlichen Interessenausgleich orientiert. Sie richtet sich an den Werten eines gemeinsamen europäischen Engagements für Frieden, Demokratie, Recht, Stabilität, internationale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung aus. Im Zentrum einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits-, Außenhandels- und Entwicklungspolitik müssen die Förderung von Demokratie und Nachhaltigkeit und die Einhaltung sowie die Weiterentwicklung der

Menschenrechte ebenso stehen wie die Gleichstellung von Frauen und Männern, das Recht auf Nahrung, neue Wege der Regulierung der globalisierten Wirtschaft und die Abrüstung und Schaffung neuer internationaler Sicherheitsstrukturen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonen die Verantwortung Europas für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung und für eine auf Frieden ausgerichtete Welt, wissen aber auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit, dass die EU diese Verantwortung nur dann wahrnehmen kann, wenn sie geschlossen auftritt. Um die Herausforderung der Globalisierung anzunehmen, brauchen wir mehr Europa in der internationalen Politik.

Zivile Außenpolitik mit einer Stimme

Gemeinsame historische, soziale, kulturelle und ökonomische Erfahrungen bilden die Grundlage für eine europäische Identität und Solidarität. Diese Erfahrungen müssen sich auch wiederfinden in einer gemeinsamen außenpolitischen Vision eines zivilen Europas und deren gemeinschaftlicher Umsetzung. Im Mittelpunkt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) muss eine zivile Außenpolitik stehen, die sich an den Zielen des Friedens und der Demokratie, der Verwirklichung der Menschenrechte und eines ökologisch und sozial gerechten Interessenausgleichs zwischen den Weltregionen ausrichtet. Mit einer internationalen Strukturpolitik wollen wir die Globalisierung gerecht gestalten. Ebenso wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einer Politik der nationalen Machtprojektion eine Absage erteilen, wollen wir auch keine militärische Supermacht Europa, sondern eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik einer Zivilmacht Europa, die den Sicherheitsbegriff nicht polizeilich und militärisch verkürzt. Wir setzen dabei auf die weitere Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, auf die Geltung des Völkerrechts und auf multilaterale Einbindung. Europas Integration ist ein einzigartiger Einigungsprozeß, in dem Erfahrungen entstanden sind, die für das Zusammenwachsen der Regionen in anderen Teilen der Welt fruchtbar sein können. Europas einzigartiger Einigungsprozess ist Vorbild für viele andere Regionen der Welt. Diese Vorbildfunktion wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern, damit ein Zusammenwachsen der Regionen der Erde im Inneren wie im Äußeren Frieden, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenrechte auch für künftige Generationen sichert.

Die Europäische Union hat nur dann Gewicht in der Weltpolitik, wenn sie mit einer Stimme spricht. Es ist ein großer Fortschritt, dass in Zukunft ein europäischer Außenminister oder eine europäische Außenministerin der EU-Außenpolitik eine Stimme geben kann. Der Aufbau eines gemeinsamen diplomatischen Dienstes der Union in Ergänzung zu den jeweils nationalen Botschaften der EU bildet einen geeigneten Unterbau für die europäische Außenpolitik. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist entscheidend, dass die GASP der Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegt und dass die europäische Außenministerin bzw. der europäische Außenminister auch dem Parlament verantwortlich ist.

Multilaterale Einbindung

Aus unserer Sicht bilden die Vereinten Nationen (UN) den Hauptrahmen für eine weltweite Ordnungspolitik, bei der die Menschenrechte im Zentrum stehen. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die UN als wichtigste internationale Institution zur Lösung globaler Probleme und Konflikte stärken. Wir wollen das Völkerrecht im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen weiter

entwickeln. Dazu gehört auch die dringliche und überfällige Reform des UN-Sicherheitsrates als Sanktionsgremium. Seine zentrale Rolle bei der Bewahrung des Weltfriedens wollen wir weiter ausbauen. Die Zusammensetzung des Sicherheitsrats ist nicht repräsentativ. Entwicklungsländer mit demokratischen Strukturen sollten künftig regional ausgewogen ständig im Rat vertreten sein. Das langfristige Ziel eines gemeinsamen europäischen Sitzes, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten, bleibt bestehen. Weiter setzen wir uns für eine Reform des Vetorechts im Sicherheitsrat ein. Maßstab ist dabei die Effizienz und die demokratische Legitimität der Entscheidungen. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und anderer völkerrechtlicher Sonderorganisationen wollen wir stärken. Angesichts der Zunahme von Konflikten sind die Anforderungen an die UN wesentlich komplexer geworden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten deshalb nachdrücklich für den Ausbau von Ansätzen regionaler Sicherheitskooperation wie der OSZE und in anderen außereuropäischen Regionen ein, um die Fähigkeiten und Instrumente zur zivilen Krisen- und Konfliktprävention in den Krisenregionen selbst zu stärken. Dazu gehört die umfassende und schnellere Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates, die für Frauen gleichberechtigte und führende Rollen in der Krisenprävention fordert. Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, dass der Internationale Strafgerichtshof sich zu einer unabhängigen und wirkungsvollen globalen Gerichtsbarkeit entwickeln kann. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden weiter darauf drängen, dass alle EU-Mitgliedsstaaten sowie die verbleibenden Beitrittskandidaten die Integrität des Statutes des Internationalen Strafgerichtshofs uneingeschränkt verteidigen. Ausnahmeregelungen, die durch die Staatsangehörigkeit oder Amtsstellung des Tatverdächtigen begründet werden, erteilen wir eine eindeutige Absage.

Der multilaterale Ansatz bezieht sich aber nicht nur auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen aber auch Unternehmen werden zunehmend wichtiger in den internationalen Beziehungen. Im Zeitalter der Globalisierung können nachhaltige Problemlösungen nur durch ein Zusammenspiel von internationalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erreicht werden. Viele Ziele des Regierens können im Zeitalter der Globalisierung nur noch kooperativ erreicht werden, und das Zusammenspiel von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren ermöglicht oftmals erst nachhaltige Problemlösungen. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, eine stabile europäische Infrastruktur zu schaffen, auf der sich zivilgesellschaftliche Interessen als Teil einer europäischen Öffentlichkeit auch über Grenzen hinweg Einfluss nehmen können.

In Europa und weltweit abrüsten

Der Europäischen Union kommt offenkundig Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in Europa und den angrenzenden Regionen zu. Sie sollte diese Verantwortung in Partnerschaft mit den anderen europäischen Akteuren, etwa der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dem Europarat oder der NATO, wahrnehmen und dabei die Schaffung einer gesamt-europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung anstreben. Die EU muss zu einem tragenden Pfeiler der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung werden. Dies gilt für sämtliche atomare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen ebenso wie für konventionelle Waffen. Dem erfolgreichen Einsatz der EU für ein internationales Verbot von Anti-Personenminen muss die Abschaffung aller Landminen und Streubomben folgen. Wir treten für die weltweite Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen, aller Atomwaffenversuche sowie ein internationales Verbot radioaktiver Munition ein. Die Maßnahmen zur Eindämmung und zum Abbau des legalen und illegalen Kleinwaffenexports wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN intensivieren. Eu

europäische Rüstungsexporte müssen durch ein transparentes Verifikationsregime überprüfbar gemacht werden. Der europäische Verhaltenskodex muss zwischenstaatliche Rüstungsk Kooperationen, Kleinwaffen- und Dual-Use-Exporte einschließen, und auch rechtsverbindlich werden. Hierüber ist das Europäische Parlament umfassend zu informieren.

Einen erweiterten Sicherheitsbegriff für Europa

Nach dem Ende der politisch-militärischen Blockkonfrontation 1989/90 waren viele Hoffnungen und Erwartungen auf den Beginn einer neuen Zeitrechnung gerichtet, in der die Vorherrschaft des internationalen Rechts politische Konflikte zwischen den Staaten löst. Heute erkennen wir, dass die allgemeine Durchsetzung einer zuvorderst zivilen Weltinnenpolitik noch nicht gelungen ist und weiterer Anstrengungen bedarf. Wir möchten die europäische Außen- und Sicherheitspolitik danach ausrichten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich gegen jede Politik des Großmachtdenkens und setzen sich für eine an folgenden Zielen orientierte zivile Außenpolitik ein: am Ziel der Stärkung der weltweiten Rechtsordnung und der Verwirklichung der Menschenrechte, am Ziel der nachhaltigen Entwicklung und des engagierten Klimaschutzes, der ökologischen Gerechtigkeit und der wirksamen Armutsbekämpfung sowie am Ziel der Verminderung von Spannungen und gewaltfreien Austragung von Konflikten zwischen Staaten und Völkern. Ein erweiterter Sicherheitsbegriff muss besonders die Lebensrealitäten von Frauen berücksichtigen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine aktive Politik der Konfliktprävention die oberste Verpflichtung der EU-Außenpolitik. Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung sind Querschnittsaufgaben, die stärker als bisher bei der Formulierung und Implementierung aller EU-Politiken, insbesondere der Außenhandels- und der Agrarpolitik, berücksichtigt werden müssen. Hierzu zählt auch, dass die Vertreibung von Menschen als Umweltflüchtlinge sowie kriegerische Auseinandersetzungen um Wasser oder andere natürliche Ressourcen rechtzeitig verhindert werden. Sie muss von einem regionalen Ansatz ausgehen, wonach mit internationalen Organisationen, Nationalstaaten, Nichtregierungsorganisationen und lokalen Friedensinitiativen zusammengearbeitet wird. Die EU stellt ein Ziviles Friedenskorps auf, das auf nicht-militärische Formen der zivilen Krisen- und Konfliktprävention spezialisiert ist und auch den UN und der OSZE zur Verfügung steht. Dieses Primat der zivilen Konfliktbearbeitung muss sich künftig in der Verfassung, in den Sicherheitskonzepten und im Haushalt der EU widerspiegeln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen aber auch, dass sich die Anwendung rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt. Die EU soll ein eigenes strategisches Konzept erarbeiten, das auch die Aufgaben und Einsatzgebiete ihrer Schnellen Reaktionsgruppe definiert. Dabei muss die Verhütung und Beendigung bewaffneter Konflikte an den instabilen Außengrenzen Europas in Zusammenarbeit mit UN und OSZE im Zentrum stehen. Jede militärische Intervention muss durch ein UN-Mandat legitimiert sein und den Kriterien von Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit entsprechen. Für die Aussendung der schnellen Einsatztruppe und anderer militärischer Einsätze der EU sind die Zustimmung des Europäischen Parlaments sowie für den Fall einer deutschen Beteiligung die Zustimmung des Bundestages notwendig.

Es ist sinnvoll, dass europäische Sicherheitskräfte im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) kooperieren. Es kann auch sinnvoll sein, diese Kooperation zu verstärken, wenn durch europäische Arbeitsteilung Verteidigungsausgaben reduziert werden. Im Zuge einer besseren demokratischen Verankerung der GASP muss auch die ESVP in Zukunft unter die Kontrolle des Europäischen Parlamentes gestellt werden. Die EU soll ihre zivilen Instrumente im

Bereich der Frühwarnung , Konfliktdanalyse und Friedensförderung stärker ausbauen und mit mehr Mitteln ausstatten. Die gegenwärtige Entwicklung, nach der seitens einiger Mitgliedsstaaten wesentlich mehr Mittel für die Vorhaltung militärischer (Interventions-)Kapazitäten als für zivile Präventionsinstrumente bereitgestellt werden, muss aufgehoben und dieses Missverhältnis korrigiert werden. Im militärischen Bereich werden Aktivitäten zukünftig in einer Rüstungsagentur koordiniert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen im zivilen Bereich ein institutionelles Gegengewicht schaffen. Die Stärkung des Aufbaus der zivilen Fähigkeiten und Strukturen – wie etwa im Bereich der Schaffung eines Zivilen Friedenskorps – muss einhergehen mit dem Abbau überholter und ineffektiver Militärstrukturen. Die Kosten der ESVP müssen im jährlichen Haushaltsplan der EU gesondert ausgewiesen werden, die Verwendung der Mittel muss der Kontrolle durch das Parlament unterliegen.

Mit internationaler Strukturpolitik zu mehr Gerechtigkeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen dafür, dass sich die Zahl der Menschen in absoluter Armut bis zum Jahr 2015 halbiert. Hierfür brauchen wir eine internationale Strukturpolitik, die den ressourcenraubenden Wirtschafts- und Lebensstil der Industrieländer umstellt auf nachhaltige Modelle in der Finanzwirtschaft, beim Handel, in der Landwirtschaft, der Fischerei und in allen anderen Bereichen der Produktion und des Verbrauchs. Europa als einer der produktionsstärksten und kaufkräftigsten Märkte handelt nur dann verantwortlich, wenn es globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zum Ziel seiner internationalen Politik macht. Es geht uns um die Entwicklung und die Fortschreibung international verbindlicher Regeln, insbesondere um die erneute soziale und ökologische Einbindung der Marktmacht international wachsender Konzerne, um Probleme von globaler Reichweite zu lösen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für starke multilaterale Organisationen für den Umweltschutz ein. Das UN-Umweltprogramm muss zu einer UN-Umweltorganisation aufgewertet werden. Die EU soll innerhalb der Entwicklungsrunde der WTO für die Verpflichtung der WTO eintreten, den Schutz der Umwelt und die Bekämpfung der Armut als vorrangig anzuerkennen. Umweltschutz und Armutsbekämpfung dürfen durch Handelsliberalisierung nicht unterlaufen und in Frage gestellt werden. Wir wollen, dass sich die EU bei der WTO für die Zollfreiheit aller Umwelttechnologien, die Aufnahme des Vorsorgeprinzips in die WTO-Verträge und die Zulassung produktionsbezogener Umweltstandards einsetzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die EU sich für mehr Fairness im Welthandel stark macht. Dazu gehört an erster Stelle die Demokratisierung der WTO: Die Mitwirkung der ärmeren Länder muss verbessert, die Mitbestimmung von EP, nationalen Parlamenten sowie Nichtregierungsorganisationen gestärkt werden. Zu mehr Fairness gehören auch Subventionsabbau in Europa – vor allem in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei – und mehr Chancen für Entwicklungsländer. Bisher räumt die EU nur den ärmsten der Entwicklungsländer quoten- und zollfreien Marktzugang für "Alles außer Waffen", der den Import und Export von Waffen in und aus den beteiligten Ländern verhindern soll, ein. Die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft muss verbessert werden; durch verbesserten Marktzugang nichttarifärer Handelshemmnisse und eine Verringerung der Zolleskalation bei verarbeiteten Produkten. Beim Abkommen über internationalen Handel mit Dienstleistungen (GATS) und dem Abkommen über geistiges Eigentum (TRIPS) wollen wir die Interessen der Menschen in Entwicklungsländern sichern, vor allem hinsichtlich der Privatisierungspläne bei der Wasserversorgung und der Patentrechte. Pläne, die Privatisie

zung der Wasserversorgung durch international vereinbarte Regelungen zu ermöglichen oder zu erleichtern, lehnen wir ab. Der Zugang zu sauberem Wasser betrachten wir als Menschenrecht. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU bei der weiteren internationalen Harmonisierung des Patentrechts dafür kämpft, dass lebende Materie und im wesentlichen biologische Züchtungsverfahren von der Patentierung ausgenommen werden können. Darüber hinaus wollen wir durchsetzen, dass sich die EU für hohe Umwelt- und Sozialstandards bei der internationalen Harmonisierung staatlicher Exportkredite (z.B. Hermes-Bürgschaften) einsetzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern von der EU größtmöglichen Einsatz zur Erreichung der Ziele von Johannesburg. Zentral sind der globale Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Reduzierung der Armut und Fortschritte in der Wasserversorgung. Bis zum Jahr 2015 soll die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser und zu sanitären Anlagen haben, halbiert werden. Da diese Bereiche insbesondere Lebensbereiche von Frauen sind, müssen bei allen Programmen und Maßnahmen die Lebensrealitäten von Frauen berücksichtigt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die EU eine Initiative zur Einführung der Tobin-Steuer und anderer geeigneter Instrumente ergreift, um die internationalen Finanzmärkte zu regulieren und die Devisenspekulationen einzuschränken. Die Erlöse der Tobin-Steuer sollen unter anderem Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und zur Erhaltung der Umwelt zugute kommen.

Entschuldung fortsetzen und Währungsfonds reformieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Europa, das die Entschuldung hochverschuldeter, armer Länder fortsetzt und diese bei der Erreichung der Entwicklungsziele unterstützt. Die Verschuldung ist nicht nur für die ärmsten Entwicklungsländer, sondern auch für einige Schwellenländer ein ernstes Problem. Wir schlagen ein neues Verfahren zur Bereinigung der Überschuldung vor. Trotz des bisherigen Scheiterns muss die EU versuchen, ein internationales Insolvenzrecht zu schaffen. Die Stimmenverhältnisse im Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Weltbank geben der EU einen bedeutenden Einfluss bei der Reform dieser Institutionen. Mehr als bisher muss sie dort mit einer Stimme sprechen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Reform des IWF, so dass dieser stärker krisenpräventiv arbeitet, die Konditionen seiner Programme überprüft und in klarer Abgrenzung zur Weltbank sein Mandat ausfüllt. Innerhalb der Strukturanpassungsprogramme muss neben der ökonomischen Stabilisierung berücksichtigt werden, dass die Ziele einer nachhaltigen sozialen und ökologischen Entwicklung gefördert werden können. Die Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der Armen, von denen zwei Drittel Frauen und Kinder sind, muss hier im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört auch, dass die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Öffentlichkeit beispielsweise auch gegenüber NGOs über die den Welthandel betreffenden Verträge herstellen. Das Europäische Parlament muss mit diesen Verträgen befasst werden. Wir treten für die Einrichtung einer Beschwerdestelle ein, an die sich alle Entwicklungsländer und NGOs wenden können, die in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Menschenrechte, soziale oder ökologische Standards verletzt sehen. Außerdem machen wir uns dafür stark, dass die EU Vorrangregelungen für den Import von fair-trade Produkten erlässt.

Entwicklung fördern

In der europäischen Entwicklungspolitik setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ein: Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bildung, Nachhaltigkeit, Gleichstellung von Frauen, Rechte der Kinder und die Aufrechterhaltung einer staatlichen Basisinfrastruktur in den Partnerländern. Besondere Schwerpunkte muss die europäische Entwicklungszusammenarbeit auf die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und sauberes Wasser sowie auf den Einsatz Erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern legen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene deutlich aufzustocken. Dazu ist es auch erforderlich, dass die Bundesrepublik im Rahmen konkreter Zeitpläne so schnell wie möglich die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts erhöht. Die Strukturen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir reformieren, damit ein schnellerer und effizienterer Einsatz der Mittel vor Ort erreicht werden kann. Dabei ist uns bewusst, dass nicht nur die finanzielle Zusammenarbeit von Bedeutung ist. Solange viele Entwicklungsländer gezwungen sind, bis zu 80 Prozent ihrer Devisen für Energieimporte auszugeben und damit jede Entwicklung fast unmöglich wird, haben Maßnahmen zum Klimaschutz oder der Ausbau der Erneuerbaren Energien in diesen Ländern ein ebenso großes Gewicht.

Die wichtige Arbeit, die Nichtregierungsorganisationen in Europa für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungsländern leisten, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter aktiv unterstützen.

Erweiterung und gute Nachbarschaft

Auch nach der Erweiterung um zehn neue Staaten ist der Erweiterungsprozess der EU keineswegs beendet. Die laufenden Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien sollen zügig abgeschlossen werden, damit sie im Jahr 2007 beitreten können. Dank der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen wird eine Beitrittsperspektive auch für die anderen Balkanländer konkret. Hier muss die EU ihre Anstrengungen deutlich verstärken und alle internationalen Akteure in der Region koordinieren, um Demokratie und Stabilität zu fördern und ein Wiederaufflammen der Konflikte mit den entsprechenden Folgen für die betroffenen Regionen und für die EU selbst zu verhindern. Der EU kommt bei dem Dialog mit den islamisch geprägten Staaten eine herausragende Rolle zu. Auf diplomatischen, wirtschaftlichen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Wegen können hier Konflikte bearbeitet, Bande geknüpft und Reformen befördert werden. Dies muss einen Schwerpunkt der gemeinsamen EU-Außenpolitik bilden.

Die Türkei und die Europäische Union blicken auf eine lange Geschichte gemeinsamer Beziehungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekräftigen die Integrationsperspektive für die Türkei: Wenn das Land die menschen- und minderheitenrechtlichen sowie die demokratischen Kriterien der EU erfüllt hat, muss mit Beitrittsverhandlungen begonnen werden. Bei der Umsetzung der notwendigen Reformen steht die Europäische Union in der Pflicht, stärker als bisher unterstützend tätig zu werden.

Ein Beitritt der Türkei ist für das Land und die EU eine politische und ökonomische Herausforderung. Für die Türkei würde der EU-Beitritt einen Modernisierungsschub des Landes und eine Stabilisierung der rechtsstaatlichen und demokratischen Reformpolitik bedeuten. Die EU würde ökonomisch und sicherheitspolitisch hinzugewinnen. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei würde zudem die Integration der Millionen in Deutschland und den anderen EU-Staaten lebenden Menschen aus der

Türkei erleichtern. Hierzu sind verstärkte Beratungen, intensiverer Erfahrungsaustausch im Bereich der politischen Institutionen, der Verwaltung, Justiz und Wirtschaft sowie substanzielle finanzielle Hilfen notwendig.

Der Europäische Rat wird Ende 2004 prüfen, ob die Türkei die politischen Voraussetzungen erfüllt, um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu ermöglichen. Die Türkei muss die verbleibende Zeit nutzen, um mit den Reformen weiter voran zu kommen. Die Europäische Union sollte die Türkei dabei nach Kräften unterstützen!

Die EU ist ein politisches Projekt, das Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Europa sichern will. Sie ist weder als exklusiver christlicher Verbund konzipiert, noch kulturell definiert. Wir begrüßen den Plan von UNO-Generalsekretär Kofi Annan zur Lösung des Zypern-Problems und unterstützen die regionale Bewegung, die sich in Zypern um Ausgleich und Verständigung bemüht.

Die Erweiterung der Europäischen Union darf keine neuen Grenzen über den Kontinent ziehen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern der EU intensivieren. Nachbarschaftsbeziehungen im Osten und Süden zu verbessern heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in erster Linie, dazu beizutragen, den demokratischen Wandel und die Menschenrechte in der Region zu stärken und multikulturelles Zusammenleben vor Ort und über Grenzen hinweg zu fördern. Den europäischen Nachbarstaaten darf die Verantwortung für die Bewältigung der internationalen Flüchtlingsbewegung nicht allein überlassen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Nachbarländer der EU zur Teilung der Verantwortung in die Flüchtlingsfonds mit einbezogen werden.

Russland und die anderen europäischen GUS-Staaten sind unmittelbare Nachbarn der EU und gehören zu ihren wichtigsten Partnern. Mit ihnen verbindet die EU eine lange gemeinsame Geschichte und gegenwärtige enge Beziehungen auf vielen Gebieten. Diese sollen und werden sich mit einer weiteren erfolgreichen demokratischen und ökonomischen Entwicklung Osteuropas vertiefen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konstruktiv-kritische Begleitung der Reformprozesse in den GUS-Staaten ein. Die Forderung nach politischen Lösungen für gewaltsame Konflikte und der Beendigung massiver Menschenrechtsverletzungen wie in Tschetschenien stehen an erster Stelle. Wir unterstützen die entstehenden Zivilgesellschaften und drängen auf die Beseitigung nuklearen Mülls und anderer Umweltgefahren.

In den Beziehungen zu Russland, zur Ukraine, zu Weißrussland und zu Moldawien wird es neben der intensiven politischen, sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Zusammenarbeit in der nächsten Zeit vor allem notwendig sein, negativen Folgen der Verschiebung der EU-Außengrenze vorzubeugen. Wir setzen uns dafür ein, den "kleinen Grenzverkehr" zwischen benachbarten Regionen zu erleichtern und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit finanziell zu fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Barcelona-Prozess, der die Gestaltung der EU-Nachbarschaftsbeziehungen im südlichen und östlichen Mittelmeerraum zum Gegenstand hat, stärker als bisher zur Förderung von Frieden und Stabilität sowie zu einem intensivierten Dialog der Kulturen nutzen. Auch in weiteren Regionen wie Irak und Westsahara kann er hierfür mittelfristig zu einem wichtigen Instrument werden. Die EU muss sich mit ihren Partnern weiterhin in den Nahost-Friedensprozess einbringen, um die Sicherheit Israels sowie die Schaffung eines lebensfähigen und demokratischen palästinensischen Staates zu unterstützen.

Eine neue transatlantische Agenda

Die Industriestaaten tragen gemeinsam Verantwortung für einen globalen, umweltverträglichen, sozialen und demokratischen Wandel. Hier steht Europa in der Pflicht, aber ebenso die USA. Wir wollen eine neue transatlantische Agenda, die dieser gemeinsamen Verantwortung Rechnung trägt. Trotz Differenzen bleibt ein enges und freundschaftliches Verhältnis Europas zu den USA und die Bereitschaft zur Pflege und Erneuerung der gemeinsamen Agenda auch im 21. Jahrhundert von entscheidender Bedeutung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Bündnis in kritischer Solidarität ausgestalten und sehen in der Einbindung der USA in multinationale Organisationen eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sie trotz ihrer internationalen Sonderrolle als alleinige Supermacht als gleichberechtigte Partner in der Staatengemeinschaft mitwirken. Wir drängen darauf, dass die USA endlich das Statut zum Internationalen Strafgerichtshof ratifizieren. Mit Sorge sehen wir die Aufrüstungspläne der USA. Ihre militärische Strategie der Präventivschläge lehnen wir ab. Folge der Aufrüstung ist kein Mehr an Sicherheit, sondern eine gigantische Ressourcenverschwendung. Das transatlantische Verhältnis darf sich nicht auf die Zusammenarbeit im militärischen Teil der NATO beschränken. Teil einer erneuerten Agenda kann es sein, die Weiterentwicklung des internationalen Rechts aktiv voranzutreiben. Zur transatlantischen Agenda gehört ein neuer Anlauf in der Zusammenarbeit für die Verankerung von Umweltaußenpolitik. Die Agenda umfasst auch den Austausch über den wirksamen Schutz der Bevölkerung vor terroristischen Gefahren, wobei wir die Bedeutung rechtsstaatlicher Werte besonders betonen. Schließlich sollte die transatlantische Zusammenarbeit zur Transformation des Nahen und Mittleren Ostens zu Demokratie und Frieden beitragen.